

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Nelleste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 25 M. ohne Anfragen. — Einzelne Nummern 20 Pl. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Anzeigenpreise: Die schreibenden Werke 10 M. unterhalb des Hauptpreises. — 1 M. im umlichen Teil (außer von Schößen) die Zeile 200 Pl. — Umstand 200 Pl. Reklamen 200 Pl.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 125

Mittwoch den 31. Mai 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Blatt 239 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Firma Niederschlotwitzer Holzkloss-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Niederschlotwitz, ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt den Kaufleuten Arno Klej und Kurt Lohde beide in Oberschlotwitz. 1. A. Reg. 25 d/22.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 24. Mai 1922.

Stimmabgabe für das Volksbegehren auf Auflösung des Landtages.

Die Eintragungssichten für ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtages liegen von Dienstag den 6. bis mit Montag den 19. Juni ds. Js. im Rathause Zimmer Nr. 14 (2. Obergeschoss) aus. Die Unterschriften in die Eintragungssichten können

an den Wochentagen vormittags von 7 bis 1/2 Uhr und

an den beiden Sonntagen (11. und 18. Juni) vormittags von 9—12 Uhr abgegeben werden.

Zur Eintragung wird nur zugelassen:

1. wer in die hiesige Wählerliste für die Landtagswahl vom 14. November 1920 eingetragen ist, es sei denn, daß sein Stimmrecht inzwischen verloren gegangen ist oder während der Eintragungsfrist ruht, oder daß der Stimmberechtigte während dieser Frist an der Ausübung des Stimmrechts behindert ist. Als in der Liste eingetragen gilt auch der, der wegen Ausstellung eines Wahlzeichens bei der Landtagswahl j. Z. darin gelisteten worden war.
2. wer einen Stimmchein abgibt,
3. wer in die hiesige Wählerliste nicht eingetragen ist, und keinen Stimmchein hat, aber sein Stimmrecht nachweist.

Stimmberechtigte, die sich während der Stimmabgabe in einem anderen sächsischen Orte aufhalten, können die Ausstellung eines Stimmzeichens im Rathause Zimmer Nr. 14 beantragen.

Im übrigen wird auf die Verordnung des Gesamtministeriums vom 13. Mai ds. Js. (Sächs. Staatszeitung Nr. 112 v. 14. Mai) Bezug genommen.

Dippoldiswalde, den 30. Mai 1922. Der Stadtrat.

Donnerstag den 1. Juni 1922 abends 8 Uhr

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde.

Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Die nächsten

1. Verfassungssprechtag des Versorgungsamtes Pirna finden statt:

7. 6. 22 in Kreischa „Blasches Gasthof“ 9.30 vorm. bis 3⁰ nachm.,
8. 6. 22 in Dippoldiswalde, Gasthof „zum Amtshof“ 8.00 vorm. bis 12.00 mittags und 1.00 bis 4.00 nachm.,
9. 6. 22 in Frauenstein, Gasthof „zum goldenen Stern“ 8.00 vorm. bis 12.00 mittags und 1.00 bis 4.00 nachm.

Pirna, den 29. Mai 1922.

1. Versorgungsamt Pirna.

Verteiltes und Sächsisches

Dippoldiswalde. Für Monat Juni werden die laufenden Leistungszuschüsse an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in derselben Höhe wie im Monat Mai gewährt. Hierbei wird wiederholt darauf hingewiesen, daß solche Beschädigte und Hinterbliebene, die Anspruch auf die laufenden Leistungszuschüsse zu haben glauben, jedoch einen Antrag bisher aus irgendwelchen Gründen noch nicht stellten, dies unverzüglich tun müssen. Das Nähere ist durch die Ortsbehörden zu erfahren.

Über die Stimmabgabe für das Volksbegehren auf Auflösung des Landtages (vergl. die städtische Bekanntmachung in heutiger Nr.) herrscht noch sehr viel Unklarheit. Schriftliche Aufforderungen oder Stimmzettel gelangen an die zur Eintragung in die Listen zugelassenen Personen

nicht zur Ausgabe. Jedem Stimmberechtigten, der entweder in die Wählerliste für die Landtagswahl vom 14. November 1920 eingetragen ist oder einen Stimmchein einer anderen sächsischen Gemeinde vorlegt oder sein Stimmrecht nachweist, steht es frei, sich während der angegebenen Geschäftsstunden in die Liste einzutragen. Nicht zugelassen werden diejenigen Personen, die ihr Stimmrecht seit der letzten Landtagswahl verloren haben, deren Stimmrecht während der Eintragungsfrist ruht oder die während dieser Zeit an der Ausübung des Stimmrechts behindert sind. Auch diejenigen sind nicht eintragungsberechtigt, die bei der letzten Landtagswahl das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, nunmehr aber, und zwar für eine spätere Wahl, wahlberechtigt geworden sind. Jeder hier nach Abstimmungsberechtigte muß seine Eintragung in die ausliegenden Listen eingebracht beweisen. Falls jedoch ein Eintragungsberechtigter erklärt, daß er nicht schreiben kann, so wird seine Unterschrift (oder richtiger der von ihm zu bewirkende Eintrag) durch die Feststellung dieser Erklärung ersetzt. Eine Wahlkontrolle findet nicht statt. Eine Durchsicht der Eintragungssichten ist demnach unzulässig. Wer in Ausübung des Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Angelegenheiten oder zu Kur- und Erholungszwecken sich während der Abstimmungszeit außerhalb seines Wohnortes aufhält, kann sich einen Stimmchein aussuchen lassen.

Auf die Bekanntmachung des Versorgungsamts Pirna über die Sprechstunden desselben in unserem Bezirke sei hiermit aufmerksam gemacht.

Die Monatsversammlung des Sächsischen Landbundes, Bezirksverband Dippoldiswalde, am 27. Mai in der Reichskrone brachte einen außerordentlich anregenden Vortrag des Oberlandgerichtsrat Dr. Mangler—Dresden über die Frage: „Was wird aus dem landwirtschaftlichen Grundbesitz?“ Der Redner ging von der Tatsache aus, daß zu allen Zeiten revolutionär Bewegung der Grundbesitz Angriffsziel der Nichtbesitzenden gewesen ist. Man erstrebt eine Neuregelung der Verteilung bzw. Einschränkung der Verfügungsmacht. Auch heute unterliegt das Eigentumsrecht des Grundbesitzers wesentlichen Beschränkungen, die zum Teil durch die Verhältnisse (Wertentwicklung), zum Teil durch Gesetze und Verordnungen begründet sind. Kein Mensch kann voraussehen, wie sich die Verhältnisse weiterentwickeln werden. Eins sei nur klar, daß die bisher bei Wechseln üblichen Wege (Geldzahlung, Ueberlassung des Gutes an ein Kind) schon wegen der Schwierigkeit der Wertbemessung nicht mehr möglich und ratsam sind, daß man andere Formen suchen muß. Besondere Ausmerksamkeit und Überlegung erfordere lehflügige Verfügung. An den Vortrag schloß sich eine Aussprache über die Verwendung der aus der Getreide-Zwangswirtschaft gewonnenen Überschüsse, soweit sie aus der Verwertung der nichtverbrauchten Umlagereserve herrühren. Man stimmte schließlich dem Vorschlag von Amtshauptmann v. d. Planitz zu, den Hauptteil der Gelder zu einer Stiftung unter dem Namen „Landwirtschaftliche Stiftung“ zur Behebung und Linderung jedweder Not unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Bezirks festzulegen. Ein kleinerer Teil soll der landwirtschaftlichen Berufsorganisation des Bezirks zur Verfügung gestellt werden.

Der neue Sommersfahrplan sieht auf den Strecken unseres Bezirks, Weißeritztal-, Müglitztal- und Frauensteiner Linie keine wichtigeren Veränderungen vor, auf unserer Ripsdorfer Strecke verkehrt der Frühzug nach Hainsberg nur um wenige Minuten zeitiger, auf der Linie Dresden—Pößendorf wird der Frühzug an Sonn- und Feiertagen bereits um 6.12 im Hauptbahnhof eintreffen und dadurch noch Anschluß an den 6.20 nach Chemnitz abgehenden Personenzug erreichen. Auf der Linie Dresden—Reichenbach schließt der Frühzug ab Dresden (Hbf.) 3.40 in Reichenbach i. V. (ob. Bf.) an den beschleunigten Personenzug Leipzig—Hof an und bietet nunmehr eine bessere Verbindung nach Bayern als bisher. Anstelle des Juges ab Dresden (Hbf.) 3.34 nachm. wird der Aben Zug ab Dresden (Hbf.) 6.55 bis Hof durchgeführt. Dadurch wird die Uebergangszeit zu den in Hof früh 5.20 nach Regensburg—München und 5.40 nach Bamberg absahrenden Frühpersonenzügen erheblich abgekürzt. Die bisher nur zwischen Dresden und Plauen i. V. verkehrenden Schnellzüge ab Dresden (Hbf.) früh 7.16, an abends 11.30, werden über Hof—Bamberg—Würzburg bis und ab Mannheim/Ludwigsburg durchgeführt. Sie bieten auch eine günstige Verbindung nach und von Stuttgart.

Über Fahrpreiserstattungsanträge im Eisenbahnverkehr schreibt die Eisenbahn-Generaldirektion, daß mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Reichsbahn der Reichsverkehrsminister angeordnet hat, daß bei Regelung von Fahrt-

gelderstattungsanträgen bis auf weiteres zur Deckung der Verwaltungskosten 10% des Erstattungsbetrages, mindestens jedoch 5 M. abzuziehen sind, wenn den Anträgen aus Billigkeitsrücksichten entsprochen wird. Falls der verbleibende Restbetrag sich auf weniger als 5 M. beläuft, ist von einer Erstattung überhaupt abzusehen. Somit ist die Stellung von Anträgen zwecklos, wenn der Erstattungsbetrag weniger als 10 M. betragen würde. Natürlich muß die Nichtausnutzung des Fahrzeuges bahnamäßig bestätigt sein. — Jeder Geschäftsmann — und die Eisenbahn ist nichts anderes als ein geschäftliches Unternehmen — muß derartige Bekanntmachungen mit bezahlten Inseraten der Öffentlichkeit kundfunnen. Die Eisenbahn verlangt es von den Zeitungsverlegern kostenlos. Wir würden gar nicht Notiz davon genommen haben, wenn wir unsern Lesern nicht zeigen wollten, wie die Eisenbahn auch hier glaubt, mit ihrer Monopolstellung bürgerlich aber nicht kaufmännisch verfahren zu dürfen. Ein Kaufmann sieht sich oft gezwungen, Gekauftes umzutauschen, oft auch zurückzunehmen und bares Geld zurückzuverstatten, weil der Käufer andere Dispositionen getroffen hat. Er kann nicht Abzüge vornehmen. Ist es bei der Eisenbahn anders? Die Ursache nicht, wohl aber die Wirkung. Gar viele Reisende müssen unterwegs über ihr Ziel plötzlich anders disponieren (mitunter sogar, weil die Anschlüsse fehlen), die Eisenbahn zieht aber 10% von zufällig verstaubenden Beträgen ab oder behält kleinere ganz inne. Wir halten das für ein ganz ungerechtfertigtes, unaufmännisches Verfahren.)

— 25 Ferienheime für Handel und Industrie. Während die Preise ihr Wettkletern nunmehr fortsetzen und der geplante Familienwahl seufzend feststellt, daß in Zukunft auch eine Ferienreise zu den für ihn unerschwinglichen Genüssen zählen wird, versenden die Ferienheime für Handel und Industrie, Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungshelme in Wiesbaden, von denen das Erzgebirgsheim Bärenburg-Kipsdorf eines ihrer Besitzungen ist, ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1921. Was sie in diesem Jahre geleistet hat, kann als eine soziale Tat ersten Ranges gewertet werden. In 21 Heimen hat sie rund 21 500 Gästen Ferienaufenthalt geboten. Für Wohnung und volle Verpflegung einschließlich Bedienungsgeld hat sie nur 16 M. täglich erhoben. Zum Vergleich denke man daran, daß im Vorjahr eine leidliche Pension nicht unter 45—50 M. zu haben war. Ermäßiglich wurden der Gesellschaft diese Leistungen durch zahlreiche Zuwendungen aus Handel und Industrie, die im Jahre 1921 den städtischen Betrag von 12,4 Millionen Mark erreichten, sodass das gesamte Stiftungskapital der Gesellschaft auf 31,8 Mill. Mark anwuchs. Durch neue Erwerbungen ist die Zahl der Heime auf 25 gestiegen, in denen voraussichtlich 25—30 000 Personen dieses Jahr für annehmbaren Preis Aufnahme und Erholung finden werden.

Schmiedeberg. Freitag den 28. Mai hielt im Gasthaus zur Post der Erzgebirgs-Zweigverein seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. An Stelle des nach Dresden versogenen, zum Ehrenmitglied ernannten langjährigen Vereinskassierers, Herrn Oberbahnhofsvorstand i. R. M. Meißner, erstattete Herr Schuldirektor Kadner den Kassenbericht. Aus den vorgenommenen Neuwaahlen des Gesamtvorstandes gingen hervor die Herren Rechnungsbeamter P. Eichhorn 1. Vorsitzender, Drogist B. Herrmann 2. Vorsitzender, Lehrer P. Wessche Schriftführer, Kantor Große Stellvertreter, Gemeindesekretär Reuter Kassierer, Rechnungsbeamter E. Weidling Stellvertreter, Schuldirektor Kadner und Holzwaffenfabrikant A. Schmieder als Wegenmeister. Die Erhöhung des Beitrages für den Hauptverein und die zunehmende Geldentwertung zwangen zur Festsetzung eines jährlichen Mitgliedsbeitrages von 10 M. Darauf beschloß die Versammlung, Mittwoch den 5. Juli eine Abendwanderung nach Oberbärenburg-Falkenhain und im Herbst eine Wanderung mit anschließendem Tanzchen zu veranstalten. Die Studenten- und Schülerherberge soll auch in diesem Jahr in den Pfingst- und Sommerferien geöffnet sein. Herbergsleiter ist Herr Holzwaffenfabrikant A. Schmieder. Zur Förderung der Jugendpflege wurde beschlossen, zunächst vier Wanderungen stattfinden zu lassen und zwar am 11. Juni (Führung Lehrer Wessche), 2. Juli (Führung Schuldirektor Kadner), 16. Juli (Führung Lehrer Sippel), 20. August (Führung Lehrer Söldner). Alles Nähere wird noch durch öffentlichen Anschlag bekannt gegeben werden. Die deutsche Reichs-Eisenbahn-Generaldirektion Dresden teilte dem Verein mit, daß derselbe unter Nr. 1515 in die Liste der Jugendpflegevereine aufgenommen und berechtigt ist, Fahrpreisermäßigung zu gunsten der Jugendpflege zu beantragen.

Dresden. Die auf der Rückreise von Genua Deutschland durchreisenden allrussischen Delegierten sind vom Minister-

präsidenten Buch eingeladen worden, Sachsen zu besuchen und einige für die sächsische Wirtschaft und Warenausfuhr wichtige Betriebe zu besichtigen. Diese Einladung war von der russischen Delegation angenommen und ihr Besuch für Montag den 29. Mai angefragt worden. Leider hat sich aber für die russischen Herren in letzter Stunde die Notwendigkeit ergeben, teils nach Moskau, teils nach London in wichtigen Angelegenheiten weiterzureisen. Der Besuch von russischen Regierungsvorstellern ist, wie dem Telunion-Sachsendienst amtlich mitgeteilt wird, für eine spätere Angelegenheit in Aussicht genommen.

Kösschenbroda. Am Sonnabend fand die Sektion der ermordeten Frau Krzeneck statt, worauf der Leichnam freigegeben werden konnte. Die Beerdigung soll am Dienstag in Kösschenbroda stattfinden. Der Mörder Alfred Ischerper, der sich auch Alfred Koch nannte, ist nicht Kaufmann, sondern Schneidergeselle. Er konnte bis jetzt noch nicht erlangt werden. Seiner Arbeitsstelle bei einem besseren Schneidermeister ist er schon seit 14 Tagen ferngeblieben.

Freiberg. Über die Jubelfeier des Realgymnasiums Freiberg geht uns von einem Teilnehmer folgender Bericht zu, dem wir angehören der innigen Beziehungen, die viele Familien der Stadt und des Bezirks Dippoldiswalde mit der Schule verbanden und noch verbinden, hier Raum gewidmet. Freiberg stand vom 24. bis 26. Mai im Zeichen großer Festtage. Es galt, das 50-jährige Bestehen des städtischen Realgymnasiums festlich zu feiern. Die Einwohnerchaft nahm regen Anteil an der Feier. Am 24. Mai fand im Brauhaus ein zwangloser Begegnungsraum statt. Eine stattliche Anzahl ehemaliger Schüler, längst in Amt und Würden, war zur Altenzeit zurückgekehrt zur Stätte froher Jugendtage. Alte liebe Erinnerungen entstanden neu, neue Kameradschaften wurden geschlossen. Der eigentliche Festtag war der 25. Mai, eingeleitet mit einem Festakt im "Tivoli". Grünberanzt in festlicher Fülle, an den Wänden ringsum Stoffanordnungen in den Farben der Schule, der Stadt, des Landes, über dem Orchestertraum eine in goldgelben Blumen leuchtende 50, das Rednerpult, flankiert von der alten und der neuen Schulchne, aus einem Helm von dunklem Lorbeer- und Blattplasten hervorragend, grüßte der weite Saal eine feierlich gesetzte Teilnehmerhorde. Eingeleitet mit der stimmgewollten Insel-Kantate von Weber "Erhebt den Lobgesang", unter Prof. Anakers Leitung, vom Schulchor gut vorgetragen, sprach voll Empfindens Pfarrer Böhmlig-Tittendorf, ein ehemaliger Schüler der Anstalt, ein Gebet, woran sich die Feierstunde des Rektors Oberstudienrat Dr. Reinhardt-Freiberg schloß. Sie enthielt einen alles umfassenden Werdegang des Realgymnasiums. Im Jahre 1872 als sechsklassige Realchule mit der Berechtigung zum Einschlag-Freimülligen-Militärdienst mit 101 Schülern eröffnet, 1878 als Realchule 1. Ordnung und 1884 als Realgymnasium mit Maturitätsprüfung ausgebaut, betrug die Schülerzahl vor 25 Jahren 221 und stieg bis zur Gegenwart auf 424. Die Reform, die im wissenschaftlichen in einer Verstärkung des deutschen und deutschlandlichen Unterrichts, besonders in der Unterstufe besteht, ist bis zur Oberstufe durchgeführt. Als Wahrscheinlichkeit hob Rektor die Verabschaffung mit der Schwesternanstalt, dem Gymnasium Albertinum in Freiberg, hervor, da die Stadt auf die Dauer die Faschette, die für 1922 mit 1½ Millionen Mark veranschlagt wurden sind, kaum mehr wird erschwingen können. Der Festredner folgte die Übergabe zahlreicher Stiftungen, u. a. derjenigen des Verbands ehemaliger Schüler in Höhe von 50 000 M. Im Zeichen der Trauer ist die Stiftung errichtet worden, die im Gedenken an den ersten Leiter der Anstalt und in Anerkennung der Verdienste des derzeitigen Rektors den Namen "Pachaly-Reinhardt-Stiftung" führt. Eine lange Reihe von Ansprachen mit Jubiläumsgrüßen und ausklingend in ein weiteres Blühen und Gedanken des Realgymnasiums, herzliche Dankesworte des Rektors und Franz Schuberts "Marche héroïque", gedachten vom Schülerrichter, beendeten die Feierlichkeit. Nachmittags 1½ Uhr fand im Schulhof die Enthüllung und Weihe zweier in Bronze überaus geschmackvoll ausgeführter, von ehemaligen Schülern gefertigter Gedenktafeln für die im Weltkrieg gefallenen Angehörigen des Realgymnasiums statt. Im Treppenhaus des Lehrgebäudes haben sie ihre bleibende Stätte erhalten. Sie tragen die Namen von 2 Lehrern und 151 Schülern. Fabrikdirektor Städler Weissenborn übergab diese Gedenktafeln im Auftrage des Verbands ehemaliger Schüler. Ein ehemaliger Schüler, Pfarrer Richter-Schwanenberg, hielt die schwungvolle und packende Weiberrede. Dankesworte des Rektors und Übergabe der Gedenktafeln in den Saal der Schule folgten mit französische Feierlichkeiten und dem Parademarsch der 12er Jäger erreichte die feierliche Handlung ihr Ende. Im Anschluß daran wurden auf dem hinter der Schule und der städtischen Turnhalle gelegenen Turnplatz wacker ausgeführte turnerische Übungen von Schülern und Schülerinnen des Realgymnasiums gehalten. Nachmittags 5 Uhr fand in der Aula unter dem Vorsitz des Direktors Städler die Hauptversammlung ehemaliger Schüler. Aus dem Geschäfts- und Ratsbericht war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl auf 500 gestiegen ist und das Verbandsvermögen 22 000 M. beträgt. Die austscheidenden Vorstandsmitglieder wurden durch Jarus einstimmig wieder gewählt. Den Abschluß des ereignisreichen Tages bildete abends 8 Uhr der Hoffnungslied im "Tivoli". Nicht gedämpft an langen Tafeln sahen die Alten und die Jungen, die die Farben schwarz-weiß-gold vereinten, zu freudigem Wiedersehen bei beiterem Lied und kühlem Trank. Das Binden, die Zusammengehörigkeit wurde noch besonders betont durch das Bild des lieben alten Rektors Pachaly, das unterhalb von Lorbeer umgebenen Rednerpultes Aufstellung gefunden hatte. Es herrschte von vornherein jene gehobene innige Stimmung, die gegeben wird durch die Gemeinschaftlichkeit der Schule. Das Schneiderische Musikkorps in Bergparadeuniform führte die Kommersmusik aus. Schmidig und mit Umicht leitete der Verbandsvorsitzende Städler den Kommers. Trinkspruch reichte sich am Trinkspruch zwischen erklangen frohe Kommerslieder. Stürmische Begeisterung stammte auf, als General Georgi, ebenfalls ehemaliger Schüler des Freiburger Realgymnasiums, des 25. Mai, des Geburtstages unseres letzten Königs, gedachte und zum Festhalten in der Freude zum Vaterlande ansprach. Ein weiterer ehemaliger Schüler, Fabrikdirektor Schippen-Freiberg, zollte der Lehrerschaft aufrichtige Anerkennung für ihre treue Erziehungsarbeit, den Schülern die religiöse, sittliche und wissenschaftliche Grundlage zu sichern. Rektor Dr. Reinhardt widmete Worte herzlichen Dankes dem Festauschuß und den ehemaligen Schülern. Noch manche Reden folgten. Am 26. Mai fanden Führungen durch die Stadt mit Besichtigung des Domes mit Besuch des mineralogischen und geologischen Sammlungen der Bergakademie und des Altertumsmuseums, bei letzterer unter der bewußten Führung des Oberlehrers i. R. Aebel statt. Ein zwangloser Frühstückspause im "Stadtpark" mit photographischer Aufnahme schloß sich an. Nachmittags 3 Uhr begann die Festvorführung im Stadthaus mit einem Prolog (Zwiegespräch zwischen Hanswurst und Stadtwurst) und dem Gerhard-Hauptmannschen "Überpeß", dargestellt von Schülerinnen und Schülern der Anstalt. Die Leistungen standen Berufsschauspielern in keiner Weise nach. Der abends 8 Uhr abermals im "Tivoli" veranstaltete, gut frequentierte Festball bildete den Schluss des 26. Mai. Der folgende Tag war den Freibergern gewidmet mit einer Wiederholung der Festvorführung im Stadthaus.

Schnell. Eine sonderbare "Selbstmörderin", die sich jedoch im letzten Augenblick eines anderen befand, meldete sich kurzlich nachts bei der Schandauer Polizei. Die 28-jährige Konstin. E. aus Köln a. Rh. hatte seit Jahren Unterschlagungen in Höhe von 40 000 M. begangen und war schließlich, als dies rückbar wurde, geslossen. Sie fuhr nach Dresden und begab sich dann nach der Sächsischen Schweiz. Am Elbstrand bei Postelwitz sah sie den Einschluß, ihrem "sündhaftesten" Leben ein Ende zu sehen und ging hinab in das Wasser. Mehrere Male tauchte sie an tieferen Stellen unter, kam jedoch immer wieder an die Oberfläche. Ein Passant, der es beobachtete, soll Tränen gelacht haben. Schließlich des tragischen Spiels überdrüssig, entstieg sie dem nassen Element und stellte sich der Polizei. Dort äußerte die E., daß sie lieber dem Gefängnisleben entgegenlebe, als dem Tode des Ertrinkens. Sie wurde in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Frauen haben eben keine Nerven.

Frankenberg. Ein wohlbenanntes Auto, der Chemnitzer Feuerwehr mit Ausstattung, um gegen einen größeren Brand einzukämpfen, und ein beigegebenes Personalauto durchfuhren am Sonntag nachmittag bald nach 3 Uhr unsere Stadt in der Richtung nach Hainichen. Bald darauf vernahm man, daß in der Trikotagenfabrik von Erich Sachs am Bahnhof Böhingen ein umfanglicher Brand im Gange sei, den zu bekämpfen die örtlichen Feuerwehren der Röhrwinkel-Pflege nicht imstande seien. Abends kurz vor 10 Uhr kamen die beiden Chemnitzer Fahrzeuge wieder von Böhingen zurück und setzten ihre Fahrt, ohne hier Aufenthalt zu nehmen, nach Chemnitz weiter fort.

Zwickau. Ein mit Photographicseinrichtung versehenes französisches Flugzeug soll am 22. Mai über dem Vogtlande gesunken sein. Man vermutet, daß es Spionagezwecken diente. Wahrscheinlich ist es ein in tschechischem Besitz befindliches Flugzeug gewesen. Amliche Aufklärung ist dringend nötig, da hier schwere Verleugnung deutscher Hoheitsrechte in Frage steht.

Bundesversammlung der Militärvereine des Bezirks Dippoldiswalde in Possendorf

am 28. Mai 1922.

Vertreten sind 19 Vereine mit insgesamt 39 Stimmen einschließlich der Stimmen der anwesenden Bezirksvorstandsmitglieder. Entschuldigt sind 6 Vereine. Nach einer vorausgegangenen Sitzung des Bezirksvorstandes und der Vereinsvorsteher sowie der Kriegsbeschädigtenobmänner fand zunächst um 2 Uhr ein Gedächtnissottesdienst für die gefallenen und verstorbenen Mitglieder statt. 1½ Uhr eröffnete der Bezirksvorsteher, Kamerad Kettner-Dippoldiswalde, die Hauptversammlung mit Begrüßung der Erschienenen, insbesondere des Bundesvorsitzers und der Ehrenmitglieder. Begrüßungsworte richtete auch Kam. Göbler-Possendorf namens des Ortsvereins und Kam. Schurig-Dresden namens des Bundespräsidiums an die Hauptversammlung, während Herr Kantor Möbius mit seinem gutgeschulten Kirchenchor, der bereits im Gedächtnissottesdienst mitgewirkt hatte, die Hauptversammlung harmonisch begrüßte. Beim Jahresbericht bemerkte Kam. Kettner vor allem, daß die Mitgliederzahl erfreulicherweise auch im vergangenen Jahr wieder erheblich gestiegen sei. Die Zunahme beim Bunde beträgt mehr als 20 000. Die Rechnung des Bezirks auf das Jahr 1921 schließt mit 8175,57 M. Einnahme und 8008,88 M. Ausgaben, also mit 166,92 M. Überschuss, während das Bezirksvorwerk am Schluß des Vereinsjahrs 1141,86 Mark betrug. Kam. Beirichshäuser Burgdorf-Ruppendorf eröffnete die Hauptversammlung auf Grund der Prüfungsberichte einstimmig Entlastung, zugleich unter Ausdruck herzlichen Dankes für eine treue Kassenführung. Die Beitragssteuer wird auf 2 M. pro Mitglied und Jahr erhobt, mit großer Mehrheit auch der geplanten Erhöhung der Bandesteuern auf 4 M. pro Jahr zugestimmt. Bei den Neuwahlen erfolgte zunächst einstimmig die Wiederwahl des Bezirksvorstebers Kam. Kettner-Dippoldiswalde, ebenso auch mit allen Stimmen die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder Kühn-Höndorf und Göbler-Possendorf. Nun tritt in den Bezirksvorstand ein Kam. Funke-Schmedberg. Besondere Anträge waren nicht eingegangen. Zur besseren Wahrung der Interessen der den Militärvereinen angehörenden Kriegsbeschädigten waren in der vor Beginn der Hauptversammlung stattgefundene Sitzung der Kriegsbeschädigten-Obmänner vier Gruppenleiter gewählt worden (Delang-Dippoldiswalde, Höhlich-Burkersdorf, Göhler-Uberndorf und Richter-Saale bei Kreischa). Diese hatten wiederum aus ihrer Mitte Kam. Delang-Dippoldiswalde als Vertreter der Kriegsbeschädigten in den Bezirksvorstand abgeordnet. Die nächste Bezirksvorstellung findet im Oktober in Dippoldiswalde statt. Nach Schluß der Hauptversammlung wurden noch verschiedene Ehrenzeichen für langjährige, treue Mitgliedschaft an Kameraden aus Possendorf und Umgebung verliehen und Herr Pfarrer Richter-Possendorf eröffnete die Versammlungsteilnehmer noch mit einem sehr interessanten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage über die Schlacht bei Dresden im Jahre 1813.

Der Kanzler über Genua.

Berlin, 29. Mai.

Genuadebatte im Reichstag.

Das Haus ist gut besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. Zahlreiche Vertreter fremder Gesellschaften wohnen bei Verhandlung bei. Um Regierungsräume herum stehen Reichskanzler Dr. Wirth, Außenminister Dr. Rathenau, Finanzminister Dr. Hermann, Dr. Radbrück und Schmidt Platz genommen.

Auf der Tagesordnung steht nur die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Wirth nimmt dazu sofort das Wort und stellt fest, daß er bereits im Auswärtigen Amtshaus über die Politik der Reichsregierung vor Genua, in Genua und nach Genua berichtet habe. Es erübrigte sich daher, daß dort bereits Vorgebrachte wiederholt. Die Reichsregierung beabsichtigt auch nicht, über die Pariser Verhandlungen im Kleinen noch einmal ausführlich und eingehend zu sprechen. Sie ist der Auffassung, daß die Pariser Verhandlungen zur Zeit im vollen Fluß sind, daß deshalb die Regierung über das, was durch ihre berufenen Vertreter im Auswärtigen Amtshaus erläutert worden ist, nicht informieren kann. Es könnte sich vielleicht heute nur darum handeln, zu dem bereits historisch gewordenen, in Genua vorgegangenen, noch einmal Stellung zu nehmen. Der Reichstag müsse jetzt Gelegenheit haben, zu Genuapolitik der Regierung Stellung zu nehmen.

Der Reichskanzler dankt dem italienischen Volk für die würdige Aufnahme in Genua sowie den italienischen Staatsmännern im Namen des Deutschen Volkes. (Applaus.) Der Redner stellt dann fest, daß die Konferenz von Genua als eine Weltkonferenz gedacht war, die die wirtschaftliche Spannung, die die ganze Welt durchzieht, heilen sollte. Der Gedanke sei eingedrungen worden durch die Wiederauflage Amerikas, an der Konferenz teilzunehmen, ferner durch die Haltung Frankreichs, wonach nicht einmal die gesamte europäische Arise besprochen werden durfte. Das Programm wurde so reduziert, daß die Völker nicht einmal in den offiziellen Sitzungen die Wahrheit hören sollten. Trotzdem mußte man dankbar dafür sein, daß die Konferenz durchgeführt wurde. Die Fragen, die in Genua nicht offiziell behandelt wurden, seien vielleicht die wichtigsten gewesen, so die Reparationsfrage. Hier sei sie die wichtigste, sie sei eine europäische Frage. Wenn

auch nicht offiziell, so sei doch sehr viel darüber gesprochen worden. Daraus folgt, daß die deutsche Delegation trotz vieler Enttäuschungen bis zuletzt in Genua geblieben, um Führung zu gewinnen.

Der Reichskanzler stellt fest, daß die deutsche Vertretung in Genua eine Politik der europäischen Verständigung gemacht habe. Es sei gelungen, einen französischen Vorschlag abzuschließen, der Deutschland auf die Rolle kleiner Staaten der neutralen Welt stellen wollte. Der Reichskanzler befürchtet, daß

den Vertrag mit Russland.

Deutschland habe versucht, die deutschen Fragen mit Russland zu lösen, nachdem die anderen Deutschen zu diesem vorsichtigen Handeln geraten waren. Der Vertrag von Rapallo habe große Aufregung hervorgerufen, er sei ein ehrliches und aufrichtiges Friedensvertrag, in gewissem Sinne ein vorbildlicher Konferenz durchgeführt wurde. Die Fragen, die in Genua Friedensvertrag in dem es weder bestiegen noch eingetragen, gegeben. Unbegreiflich sei daher die Aufregung und die Deutung als eines kriegerischen Faktors in Europa. Die Entente gab die Veranlassung zu diesem Vertrag.

Der Kanzler verliest den Artikel 116 des Vertrages, in dem sich die Alliierten ausdrücklich die Rechte Russlands vorbehalten, von Deutschland jede Wiederherstellung und Wiedergutmachung zu erhalten, die Grundsätze des Vertrages entsprechen. Dieser Artikel 116 war für uns die pflichtmäßige Note und ist mit Russland abgeschlossen, die anderen uns nicht begegneten haben, zu einem Ausgleich und zu einem ehrlichen gegenseitigen Vertrag zu kommen. Die sechs Paragraphen des Vertrages enthalten keinerlei politische Bestimmungen oder Ablösungen, aus denen irgendwelche Gefahr oder eine Schwächung seiner Rechte herleiten kann. (Sehr rücksichtsvoll)

Dr. Wirth weiß alsbald den Wortwurf zurück, daß der Punkt des Vertragsabschlusses eine Drohung sein sollte, und stellt fest, daß der Vertrag in seinen Grundsätzen längst vor Genua fertiggestellt worden war. Deutschland hat von dem Abschluß des Vertrages vor Genua abgesehen in der Hoffnung, daß die Beiträge des Vertrages dem vorausgesetzten Genuavertrag angepaßt werden könnten. Deutschland hat sich aber dann von den Verhandlungen über Russland ausgeschlossen. Wiederholte Vorschläge Deutschlands waren vergeblich geblieben in dem Sinne, daß wir uns überzeugen könnten, daß die Möglichkeit hätten, aus Art. 116 nicht mit neuen Lasten, die den Ring der Schuldnechtschaft in Deutschland endgültig verschlossen hätten, belastet zu werden.

Der englische Premierminister Lloyd George hat in seiner ersten Rede nach der Konferenz ausgeschlossen, daß die Entwicklung der Beziehungen Deutschland und Russland zu einem derartigen Schritt gegenseitiger Verständigung und gegenseitigen Vertrahens haben müssen. Da die Erwartung zu diesem Vertrag führen müssen, dann liegt der Fehler nicht auf unserer Seite (Sehr richtig); Lloyd George hat aber in dieser Rede auch die Welt gewarnt, diese Völker, das deutsche und das russische nicht weiter zur Vergewaltigung zu treiben, da sonst ungünstige Konsequenzen aus einer derartigen Verständigung entstehen könnten. Ich kann nur wiederholen, daß der Rapallovertrag keinerlei derartige Absichten enthält, sondern nur den Willen zweier großen Nachbarreiche realisiert, die Frieden und Verständigung in der Zusammenarbeit suchen und zu diesem Zweck endgültig einen Strich unter die Vergangenheit machen wollen. Er bedeutet eine Brücke zwischen Ost und West in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zum Wohle beider Seiten.

Der Vertrag enthält keinen geheimen Zusatz, also auf keinen militärischen. Die Bedingungen des Vertrages sind bereits in Kraft getreten. Der Vertrag wird aber der Reichstag zur Diskussion und Genehmigung im Rahmen der Verfassung demandiert vorgelegt werden.

Ein Gottesfrieden, wie er in Genua vorgebrachten worden war, wäre für das deutsche Volk eine schmiedliche Sache gewesen; allen anderen Völkern Europas den Frieden zu geben, aber das deutsche Volk fortfährend neuen Einkünften auszuzeichnen. In der Reparationsfrage muß die ungünstige Politik der Termine endlich aufgehören, zu deutet den Tod für jedes Volk. Die Einkünfte politisch weiterführen, heißt Genua vernichten und den Geist der Freiheit endgültig freigeben. Die Ergebnisse von Genua sind nicht allzu zahlreich. Wir bitten Sie, unsere Politik zu unterstützen, damit die Hoffnung wächst, daß eine Friedenslösung Europas und ein wahrer Frieden für Deutschland erzielt wird. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt die Befreiung der Regierungserklärung.

Urg. Minister Franken (Ssg.) bedauert, daß die Reparationsfrage in Genua nicht erörtert wurde. Die französische Kamerad sei das Haupthindernis des Friedens. Bei der Beschränkung der Tagesordnung sei es nicht möglich gewesen, praktische Ergebnisse aus Genua hinzuzuführen. Nun müssen die theoretischen Vorschläge der Kommissionen bei den Pariser Verhandlungen verwirkt werden. Der Redner erläutert der Regierung das Vertrat der französischen Fraktion aus und kommt dem Rapallovertrag zu.

Urg. Marx (Hr.) begrüßt Genua als einen bedeutsamen Marsch auf dem Wege unserer Politik, die zum Ziel hat, die Wiederherstellung unseres Vaterlandes, Wiedergewinnung der vollen Gleichberechtigung mit den anderen Staaten, Sicherung des Friedens Europas. Der Redner weist dann auf das besondere Interesse hin, daß der Vortrag an der Konferenz genommen hätte. Wenn die Konferenz die Erwartung nicht ganz erfüllt hätte, so liege das u. a. auch an der unvernünftigen Forderung Frankreichs, die Reparationsfrage von den Verhandlungen auszuschließen. Der Redner dankt zum Schluß der Regierung, vor allem dem Reichskanzler und dem Außenminister, für ihre Arbeit.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag vormittag; Deutschen Sitzung am Dienstag nachmittags 2 Uhr soll die Befreiung der Regierungserklärung über Genua fortgesetzt werden.

50 Jahre Landwirtschaftsrat.

Die Notwendigkeit eines berufständischen Zusammenschlusses der landwirtschaftlichen Vertretungen über den Bereich der einzelnen Landesgrenzen hinaus war schon vor der Reichsgründung erkannt worden. Darum ist die Zusammenschlußbewegung des landwirtschaftlichen Vereinswesens zurückzuführen, das in den Jahrzehnten des Aufschwungs der landwirtschaftlichen Technik um die Mitte des 19. Jahrhunderts für die Förderung des Berufsstandes und die Verbreitung neugewonnener Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik davorragendes geleistet hat, ohne doch wesentlicher Einfluß auf die wirtschaftspolitische Gesetzgebung zu

Gebro.
ion trog
ben, um
Vertre.
ndigung
Borsig
Staaten
beschrif.

lt. Ruh.
diesem
hatten
erwogen
früher
licher
Genua
und die
a. Die
Bertrag.
ersailler
deutlich
land jedo
ten, die
Artikel
gekite
ben, zu
nen Ver
trages
Abma
oder
hr ric
dass der
Brohung
Brands
na ab
trages
unten.
lungen
flungen
Sinne,
lichkeit
le den
tig ge

re hat
et, dass
usland
digung
. Da
dann
e Zebr
nach die
füssische
ungs
digung
ist der
blich
großen
digung
d end
wollen.
in wirt
Seiten
so und
es find
er der
lahmen
schlagen
regische
Pris
neues
mum
en, si
polit
lit der
Genua
Politik
die Be
schland
sper.
Repub
ist der
ge
Rus
en bei
Nedner
is und
hamen
Biel
berg
decen
Nedner
Bass
ng die
a. auch
spor.
Der
in dem
arbeite.

teut
zweis
e des
gejew

haben. Auf dem ersten Delegiertentag der landwirtschaftlichen Zentralvereine des Norddeutschen Bundes wurde die Gründung eines Delegiertenausschusses unter dem Namen „Landwirtschaftsrat“ beschlossen, bei dem auch die Beteiligung der nicht zum Bunde gehörenden Norddeutschen Volksvereinsstaaten in Aussicht genommen war.

Nach der Reichsgründung konnte dieser Plan dahin erweitert werden, daß man zur Gründung eines gesamtdeutschen Landwirtschaftsrates schritt. 1872 wurde dieser Plan Wirklichkeit, am 9. April 1872 fand die erste konstituierende Versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Berlin statt. Eine gesetzlich begründete Gesamtvertretung des landwirtschaftlichen Bereichsstandes war mit dem deutschen Landwirtschaftsrat allerdings noch nicht geschaffen und diese Gesamtvertretung fehlt bis heute noch. Der Landwirtschaftsrat beruht auf freiwilligem Zusammenschluß der in den Ländern errichteten landwirtschaftlichen Vertretungen, welche kraft Gesetz oder Verordnung von den Landesregierungen anerkannt sind.

In Deutschland bestehen heute 35 Landwirtschaftskammern, einzelne Länder, wie Preußen, in der Hauptlandwirtschaftskammer und Bayern in der Bayerischen Landesbauernkammer, haben sich seit 1919 noch besondere Landeszentralvertretungen mit öffentlich-rechtlichem Charakter geschaffen. Die landwirtschaftlichen Zentral- und Hauptvereine sind meist in die Landwirtschaftskammern ausgegangen, während ihre Unterorganisationen in der Zahl von etwa 6000 den Unterbau der Berufsvertretungen darstellen. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat 1920 die Forderung auf Umgestaltung in eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Reichslandwirtschaftskammer als Spitzervertreterung der regionalen Landwirtschaftskammern gestellt. Auf der Plenarsitzung im vorigen Jahre ist noch einmal über diese Frage eingehend verhandelt und eine Kommission zur Fühlungnahme mit den Reichsbehörden eingezogen worden. Inzwischen liegt ein Entwurf des Reichsernährungsministeriums zu einer vorläufigen Reichslandwirtschaftskammer vor und es ist zu hoffen, daß auf dem gegebenen eingeschobenen Tag erreicht wird, der deutschen Landwirtschaft endlich die erwünschte gesetzliche Gesamtvertretung zu geben, nachdem der deutsche Landwirtschaftsrat in 50-jähriger erfolgreicher Tätigkeit bewiesen hat, daß es nur des Weiterbaues auf der gesunden Grundlage ohne umstürzende Reformen bedarf.

Am 30. und 31. Mai hält der deutsche Landwirtschaftsrat in München seine Jubiläumsversammlung ab. Auf eine gewaltige wirtschaftspolitische Arbeitsleistung kann heute die Zentralvertretung des landwirtschaftlichen Bereichsstandes zurückblicken. Er hatte die landwirtschaftlichen Interessen im Gesamtumfang des Deutschen Reiches wahrzunehmen und überall bei der Reichsregierung und bei Anregungen und Maßregeln der Reichsregierung nicht nur eingeforderte Gutachten abzugeben, sondern auch unaufgefordert Vorschläge bei der Reichsregierung zu erheben und sich mit Anträgen an den Reichstag zu wenden.

Staat und Beamtenamt.

Steigerwald über das Streikrecht der Beamten.

Als Auffahrt zu der Tagung des Gesamtverbandes Deutscher Beamten- und Staatsangestelltenwirtschaften fand in Essen eine Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, bei der Ministerpräsident a. D. Steigerwald sich in einer bedeutungsvollen Rede über die Stellung der Beamten zu Staat und Volk verbreitete. Einleitend betonte er, daß mit dem Jahre 1919 für die Beamtenengesellschaft eine neue Zeit begonnen habe und führte im Anschluß daran folgendes aus:

„In der Weimarer Verfassung wurde allen Staatsbürgern, somit auch den Beamten, die volle Vereinfachungsfreiheit zugesichert. Die Freiheit, die von der Revolution geachtet worden ist, hat ein großer Teil der Beamtenchaft nicht realisiert. Ein großer Teil des Beamtenums, einschließlich der ersten Stütze des Staates, wurde in der Hand radikalster, zum Teil vollständig hemmungsloser Führer, denen jedes Verantwortungsgefühl gegenüber der Staatsgemeinschaft fehlt, zu einer Gejagtheit für Staat und Volk.“

Die gegenwärtigen Vorgänge im Beamtenlager sind von der allgemeinen staatspolitischen Bedeutung. Den Staatsbeamten (Verwaltungs-, Justiz-, Polizei- und Steuerbeamten, auch Schulbeamten) kann selbstverständlich kein Streikrecht zugesprochen werden. Nicht ganz so einfach liegen die Verhältnisse bei den Beamten, die in den wirtschaftlichen Unternehmungen des Reiches, bei der Post und der Eisenbahn tätig sind. Streiken in diesen Unternehmungen die Arbeiter, denen ein Streikrecht zusteht, dann können auch die Eisenbahnbauern allein den Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten. Die rechtliche Stellung der Beamten in den staatlichen Verwaltungsbetrieben muß mehr an diejenige der Arbeitnehmer der privaten Berufe angepaßt werden. Arbeiter und Angestellte befinden heute im Verkehrsgewerbe schon ein Schiedsgerichtsverfahren, von dem die Beamten ausgeschlossen sind. Wenn man den Beamten in den wirtschaftlichen Betrieben des Reiches das Recht des Streikes nicht zugeschafft, so müßte der Staat dafür andererseits ein Äquivalent schaffen. Der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestelltenwirtschaften sieht dieses Äquivalent in einem einheitlichen Schlichtungsgesetz, in das die Beamten mit einzogen werden sollen.“

Die Versplitterung des deutschen Volkes in ein Dutzend Parteien und der fortgesetzte Wechsel in den Ministerien sind legen Endes auch eine Ursache für die derzeitigen Erfahrungen im Beamtenlager. Den Beamten muß wieder ein Teil seiner ehemaligen Ehrenstellung eingeräumt werden, ein Teil des Titels- und Ordenswesens muß wieder zur Einführung gelangen. Schließlich müssen die Beamten die Selbsthilfe, wie sie auf dem Gedanke des Spar- und Kreditwesens, des Wohnungswesens und der Warenversorgung möglich ist, noch weiter ausbauen und pflegen.“

Der Nedner schloß dann unter großem Beifall mit folgenden Sätzen: Ein wirtschaftlicher Aufstieg unserer Beamtenchaft ist nur möglich durch Beseitigung der drückenden Fesseln des Friedensvertrages. Das Geschick der deutschen

Beamtenchaft wie der Staatsbediensteten und Staatsarbeiter ist heute mehr denn je mit dem Geschick der deutschen Volkgemeinschaft auf Gedächtnis und Verdienst verknüpft. Volk und Beamte, Volk und Staatsbedienstete müssen in gemeinsamer Arbeit für eine bessere Zukunft des Volksstaates arbeiten.“

Einführung im Reichskabinett.

Annahme der Pariser Vereinbarungen

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister sind durch eine Verständigung beigelegt worden. Das Kabinett hat sich einstimmig für die Annahme der Vorschläge, die Minister Hermes mitgebracht hatte, entschieden und eine entsprechende Note an die Reparationskommission gesandt.

Bekanntlich hatte Hermes mit der Reparationskommission vereinbart, daß unter der Voraussetzung der Gewährung einer auswärtigen Anleihe die deutsche Regierung den Reichs-Staat nach dem Stand der schwedenden Schuld vom 31. März ins Gleichgewicht bringen werde, eventuell durch neue Steuern. Der Kanzler dagegen war der Auffassung, daß es für Deutschland in nächster Zeit unmöglich sei, zu neuen Steuern zu greifen und daß es unmöglich sei, sich an den Stand der schwedenden Schuld vom 31. März zu binden, da jede neue Gehaltsforderung der Beamten und jede Entfernung des Marktes die Einhaltung dieser Frist unmöglich machen müsse. Es forderte deshalb eine Klausel, wonach bei „höherer Gewalt“ die Bindung an den Höchstbetrag der schwedenden Schuld vom 31. März außer Kraft treten sollte. Eine inoffizielle Rückfrage in Paris ergab jedoch, daß die Reparationskommission die Einhaltung einer sogenannten „Katastrophenlauf“ ablehnte, jedoch durchdringlich ließ, daß bei „höherer Gewalt“ ja alle vertraglichen Bindungen außer Kraft treten. Auf Grund dieser Antwort ließ sich das Kabinett schließlich zur Annahme der Pariser Vereinbarungen beugen.

Unmittelbar nach der Kabinettssitzung trat der Auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammen und erörterte das gesamte Reparationsproblem. Die vertrauliche Aussprache des Auswärtigen Ausschusses, an der sich der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichsanziger sowie Vertreter aller Parteien beteiligten, dauerte bis zehn Uhr abends. Ein Antrag auf Beschlusssitzung wurde nicht gestellt. Die aus den Pariser Verhandlungen sich ergebende Note an die Reparationskommission wurde durch einen Kurier nach Paris gesandt und am Montag der Reparationskommission übergeben.

Kritisierung des Rapallo-Abkommen erst nach Pfingsten.

Nachdem die Beratung über die Antwort an die Reparationskommission feststand, beschäftigte sich der Ausschuss eingehend mit dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo. Der Text des Vertrages von Rapallo ist noch nicht endgültig formuliert worden, und daher konnte den Mitgliedern des Reichstages die Dokumentation darüber nicht zugänglich gemacht werden. Die Abstimmung über den Vertrag dürfte, wie man in politischen Kreisen annimmt, erst nach Pfingsten erfolgen.

Politische Rundschau.

Berlin, den 30. Mai 1922.

— Reichspräsident Ebert hat zu der am 1. Juli stattfindenden Eröffnung der Mitteldänischen Ausstellung in Roskilde sein Erscheinen zugesagt.

Die Sovjetregierung ließ weitere 84 Geistliche wegen Widerstandes gegen die Einführung der Kirchensteuer verhaften.

Die französische Regierung überwies 500 000 Kronen für die Opfer der Explosion in Blumau.

Holland: Die Einladung nach dem Haag.

Die Einladungen zu der Konferenz im Haag sind vom Präsidenten der Konferenz von Genua in Übereinstimmung mit der Niederländischen Regierung vereinbart worden. Demnach sollen am 26. Juni im Haag zwei Kommissionen zusammentreten. Die eine soll aus Sachverständigen der Staaten bestehen, die an der Konferenz von Genua teilgenommen haben, mit Ausnahme von Rußland und Deutschland. Die andere Kommission soll nur aus russischen Sachverständigen bestehen.

Frankreich: Clémenceau's „Friedensideal“.

Bei der Enthüllung eines Denkmals zu Ehren der gefallenen Schüler des Gymnasiums Clémenceau in Nantes hieß der ehemalige Ministerpräsident Clémenceau eine Gedächtnissrede, in der höchstverdächtig das Märchen von dem angeblichen Gedächtniss der Franzosen nicht fehlte. Der alte Tiger scheint ganz vergessen zu haben, daß er Jahrzehnte lang die Revanche für 1919 gepredigt hat und daß er der Haupturheber des Gewaltstifters von Verfallen ist. Heute beteuert er mit heuchlerischer Miene: „Wir wollen keinen Krieg, wir wünschen Frieden, aber wir sind fähig, Krieg zu führen. Auch 1914 wollten wir keinen Krieg, (?) Krieg wollen wir auch heute nicht; aber wir wollen auch keinen entzündenden Frieden.“

Die „Voraussetzung“ für Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund. Die Londoner „Times“ meldet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß der Völkerbund bei seiner Tagung im September aufgefordert werde, die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Bund zu erwägen. Bei einer Sitzung des Völkerbundsrats Anfang Mai sei diese Frage untersucht worden. Es verlautete, daß der Völkerbundrat

für die Aufnahme Deutschlands war, „vorausgesetzt, daß es in der Frage der Reparationen am 31. März Klugheit und guten Willen zeigt“. — Die Aufnahme Deutschlands hängt letzten Endes nicht von der Gnade und Barmherzigkeit der Alliierten, sondern von Deutschland selbst ab. Nach dem bisherigen Verhalten des Völkerbundes besteht in Deutschland keinerlei Neigung, um Aufnahme in die „Organisation zur Durchführung der Ententebeschluß“ nachzusuchen.

:: Giesberts über Genua und Paris. Auf dem Silbernen Jubiläum der katholischen Arbeitervereine in Münster hielt der Reichspostminister Giesberts in Vertretung des am Erstsemester verhinderten Reichskanzlers Dr. Wirth eine längere Rede, in der er auch auf die außenpolitischen Vorgänge der letzten Wochen zu sprechen kam. Der Minister erklärte, die Verhandlungen in Genua und Paris hätten unseren Feinden klar gemacht, daß unsere Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht so, wie sie es wünschten, erfüllt werden könnten. Das deutsche Volk solle sich aber nicht täuschen, es komme so leicht nicht aus der Misere heraus; es werde noch schwere Opfer bringen müssen. Was Positives aus Genua herauskomme, das werde sich erst später zeigen. Soviel steht fest, daß in Genua die Welt vom Deutschen jetzt schon einen anderen Begriff bekommen habe, als vor dieser Zeit. Die Pariser Verhandlungen hätten unseren Gegnern gezeigt, daß die bisher betriebene Politik nicht fortgesetzt werden könne. Wenn uns keine internationale Anleihe zu günstigen Bedingungen gewährt werde, so könne Deutschland unmöglich so weiter bestehen. Der Minister hofft, daß man auf den Boden der Verständigung trete, die es Deutschland ermögliche, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

:: Abtransport sämtlicher amerikanischen Rheinlandtruppen? Neben die Räumung des Koblenzer Brückenkopfes durch die amerikanische Besatzungsmacht gehen die verschledenartigsten Gerüchte um. Nach französischen Meldungen soll lediglich eine Verminderung der Truppen in Paris kommen. Jetzt hat der zurzeit in Paris weilende amerikanische General Harbord, der von einer Inspektionsreise in die amerikanische Besatzungszone im Rheinland zurückgekehrt ist, erklärt, als er Washington verlassen habe, seien die Anordnungen zum Abtransport sämtlicher Offiziere und Mannschaften der amerikanischen Rheinlandtruppen bis zum ersten Juli getroffen gewesen, außer für ein kleines Kontingent, das noch die etwaigen Unruhen gegen die amerikanischen Truppen zu erledigen und über die von den Amerikanern zurückgelassenen Vorrate Verfügung zu treffen habe. Er nehmte nicht an, daß bei dem gegenwärtigen Stande der öffentlichen Meinung in Amerika irgendwelche Truppen über den 1. Juli hinaus in den besetzten Gebiet zurückgelassen werden würden.

:: Die Demokraten gegen die rheinischen Sonderbündler. Der Demokratische Parteiausschuss hielt im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab und fasste u. a. einen Beschluß, wonach die rheinischen Mitglieder des Parteiausschusses erklären, daß nach ihrer Kenntnis die lebhaft verbreitete Nachricht, von Rheinländern seien Verhandlungen über die Errichtung einer rheinischen Republik unter englischem Protektorat eingeleitet worden, falsch ist und nicht einmal gutgläubig aufgestellt sein könne. Obwohl unter den in dieser Nachricht genannten Personen sich kein Angehöriger der deutsch-demokratischen Partei befindet, erklärt der Parteiausschuss ernst, daß die Partei niemand in ihrer Mitte dulden werde, der zu irgend einer Zeit und aus irgendwelchen Gründen die Errichtung einer rheinischen Republik betreibe.

:: Die Betriebsrätewahlen bei der Eisenbahn. Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen bei der Eisenbahn liegt nunmehr vollständig vor. Es erhielten bei der Wahl zu den Hauptbetriebsräten der Deutsche Eisenbahnerverband 301 970, der Allgemeine Eisenbahnerverband 35 573, die Christliche Gewerkschaft 45 272 und die Kommunisten 29 550 Stimmen. Über drei Viertel aller abgegebenen Stimmen entfielen also auf den Deutschen Eisenbahnerverband.

Poincaré gibt nach.

— London, 29. Mai. Nach einer Mitteilung der „Sunday Times“ soll Poincaré der britischen Regierung offiziell mitgeteilt haben, daß er die Einmarschpläne für den 31. Mai aufzugeben habe. Der Pariser Gesandtschafter der „Times“ sieht eine Besserung in den offiziellen französisch-englischen Beziehungen fest.

Kein Einmarsch ins Ruhrgebiet.

— Paris, 29. Mai. In einer Sitzung des Ministerrates sind die dem Kriegsminister erteilten Aufträge zur Vorbereitung einer Ausdehnung der Besetzung des Ruhrs tätig gemacht worden. Der Beschluß lautet dahin, daß die bereits abtransportierten Truppenverbände bis auf weiteres an dem Ort verbleiben, wo sie sich befinden. Die noch vorgesehenen Transporte haben zu unterbleiben. Die Truppen der aktiven Regimenter sind, wenn keine Gegenaufträge erfolgen, bis zum 2. Juni in ihre Garnisonen zurückzubringen.

Zunächst eine Milliarden.

— Paris, 29. Mai. Wie die „Chicago Tribune“ berichtet, beabsichtigt die internationale Kreditkonferenz, Deutschland zunächst eine Anleihe von einer Milliarde Dollars an Deutschland zu gewähren. Gleichzeitig würden aber die Pläne für eine Reihe derartiger Anleihen erweitert werden, die innerhalb 15 bis 20 Jahren bezogen werden könnten. Deren Ausgabe würde aber nur erfolgen, wenn die erste Anleihe gut gezeichnet würde. Das Blatt glaubt zu wissen, daß der Gesamtbetrag der Anleihe Frankreich, Belgien und Italien als Reparationszahlungen zugute käme.

Der Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

— Berlin, 29. Mai. Der „Vorwärts“ veröffentlicht unter der Überschrift „Der Mord im Edenhotel“ eine längere Aussage des Jägers Runge über die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Runge gibt an, von verschiedenen Offizieren den Befehl zur Tötung der beiden Verhafteten erhalten zu

Haben, er selbst will jedoch der Frau Luxemburg nur Verlebungen zugefügt, sondern sie nur leicht gestoßen haben, um den ihm erteilten Befehl auszuführen. Die Offiziere hätten ihm nämlich gedroht, wenn er den Befehl nicht ausführte, dann müsste er auch sterben. Beim Abtransport sei Lieutenant Krull auf das linke Trittbrett gesprungen und habe der Frau Luxemburg eine Kugel in den Kopf geschossen. Hinsichtlich Liebnecks will Runde von einem Beobachter erfahren haben, dass dessen Fluchtversuch tatsächlich herbeigeführt worden sei.

Aus Stadt und Land.

Heimkehr der Wiener Sänger. Der Wiener Männergesangverein hat vor dem Verlassen des Reiches ein Telegramm an den Reichspräsidenten gesandt, in dem er seinen Dank für die herzliche Aufnahme ausspricht und seine Zuversicht auf Verwirklichung des deutschen Ideals zum Ausdruck bringt. Bei der Rückfahrt nach Wien wurde den Sängern ein festlicher Empfang bereitet, zu dem auch der deutsche Gesandte, sowie Vertreter des Bundes der Reichsdeutschen und anderer deutschen Vereinigungen erschienen waren. Bei der Begrüßung hielt Gesandter Dr. Bießleff die heimkehrenden Sänger herzlich willkommen und beglückwünschte sie zu ihren Erfolgen im Reich. Es schloss mit einem lärmisch aufgenommenen Hoch auf den Wiener Männergesangverein, an dessen Vereinsbanner er einen mit einem goldenen Band umschlungenen Lorbeerkrantz hinstellte. Nach weiteren Ansprüchen, in denen die unverzerrbare Zusammengehörigkeit aller Deutschen zum Ausdruck kam, fand der feierliche Empfang und damit die Deutschlandfahrt des Wiener Männergesangvereins mit dem Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ den Abschluss.

Eisenbahnunglück in Köln. In Köln fuhren in der Nähe des Hansaringes zwei einfahrende und ein ausfahrender Personenzug zusammen. Die einfahrenden Züge waren, soweit bisher feststellbar, der von Cleva kommende Zug 332 und der von München-Gladbach kommende Zug 80. Der ausfahrende der von Köln-Hauptbahnhof nach Frankfurt a. M. bestimmte Zug 252. Tote sollen nicht zu bestätigen sein. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht genau festgestellt.

Die Cholera in Moskau. Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Moskau meldet, sind in den letzten Tagen 27 Cholerafälle festgestellt worden. Die Cholera tritt auch in Petersburg epidemisch auf.

Ein Fuhrwerk vom Zug überschlagen. Bei Dauan (Schlesien) überfuhr der Personenzug 239 ein Fuhrwerk des Gutsbesitzers Knüpper aus Vogau. Der Besitzer und dessen Sohn sind tot. Die Frau und der Sohn sind schwer verletzt. Die Untersuchung über die Ursache des Unfalls ist eingeleitet.

Nach dem Genuss von Pferdefleisch erkrankt. 46 Personen mussten in Eilenburg ins Krankenhaus wegen Pferdefleischvergiftung eingeliefert werden. Drei Personen, zwei Frauen und ein Kind, sind bisher an dem durch den Genuss des Fleisches hervorgerufenen Paratyphus gestorben. Das Fleisch war beim Eilenburger Schlachthäusler gekauft worden. Es stammt von vorschriftsmäßig untersuchten Schlachttieren.

Ein Braunkohlenwerk eingeäschert. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in das im Tagebau betrie-

bene Braunkohlenbergwerk Grube Bertha bei Coswig ein. Die ausgedehnten Bergwerksanlagen sind völlig eingeäschert.

Aus Viebeschäden ins Wasser gegangen. In Frankfurt am Main sprangen aus Viebeschäden drei Dienstmädchen eines Krankenhauses eng umschlungen in den Main, um sich das Leben zu nehmen. Während eines der Mädchen gerettet werden konnte, ertranken die beiden anderen.

Ein Unglück kommt selten allein... Neben dem Orte Blumau bei Wiener-Neustadt, wo sich eine folgenschwere Munitionsexpllosion ereignete, entlud sich ein heftiges Gewitter. Der Blitz schlug an mehreren Stellen ein und tötete zwei Arbeiter.

Schwere Unwettereigabe.

Köln. 29. Mai. Ein furchtbare Unwetter hat den Ort Euchenheim und die benachbarten Orte heimgesucht. Hagelkörner so groß wie Taubeneier zerstörten die herrlich stehende Feldfrucht und vernichteten alles Gemüse. In Almersheim fanden zwei Kinder in den Fluten den Tod. Telefon und Lichtleitung wurden an vielen Orten zerstört.

Schwere Gewitterschäden.

Rostock. 29. Mai. Über ganz Mecklenburg gingen schwere Gewitter nieder, die vielfach großen Schaden anrichteten. In der Umgebung von Neustrelitz vernichtete ein Hagel die Baumblüte. In Wustrow im Rügenburgischen brannten zwei große Bauernhäuser ab; mit den Scheunen und Stallungen ging zahlreiches Vieh zugrunde. Auch in Schleswig-Holstein haben schwere Unwetter vieleortige Schäden angerichtet. Zahlreiche Blitzeschläge trafen namentlich landwirtschaftliche Besitz und Mühlen und äscheren diese ein. Besonders viel Vieh wurde verloren.

kleine Nachrichten.

* Der Dampfer „Holstein“ aus Oldenburg ist mit 12 Personen Besatzung verschollen.

* Auf einer Autofahrt von Hamburg nach Frankfurt ist der Mitinhaber der Getreidefirma A. und C. Neumann in Frankfurt a. M. bei Mardorf tödlich verunglückt. Sein mitfahrender Bruder aus Amerika Karl Neumann wurde ziemlich schwer verletzt.

Gedenktafel für den 30. Mai.

1265 * Dante Alighieri in Florenz († 1321) — 1431 Jeanne d'Arc, die Jungfrau von Orleans, in Rouen verbrannt (* 1412) — 1640 + Der Maler Peter Paul Rubens in Antwerpen (* 1577) — 1778 + Der Philosoph F. M. A. de Voltaire in Paris (* 1694) — 1813 Die Franzosen besiegen Hamburg — 1814 Friede zu Paris zwischen Frankreich und den Alliierten — 1916 Sieg der Österreicher über die Italiener bei Asolo-Arserio — 1918 Vorstoß der Deutschen bis zur Marne.

* Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	29. 5.	27. 5.	1914.
100 holländische Gulden	10936	11385	167 — M.
100 belgische Franken	2074	2441	80, — "
100 dänische Kronen	6142	6352	112, — "
100 schwedische Kronen	7265	7520	112, — "
100 italienische Lire	1478	1523	80, — "
1 englisches Pfund	1248	1997	20, — "
1 Dollar	280	288	4,40 "
100 französische Franken	2561	2645	80, — "
100 koreanische Kronen	5363	5553	80, — "
100 tschechische Kronen	538	561	— — "

Der Rhein-Main-Dona Kanal. München, 29. Mai. Die ersten Bauarbeiten am Rhein-Main-Dona Kanal sind mit der Donauregulierung durch Sprengräben auf der schwierigen, 30 Kilometer langen Felsenstrecke von Höfchen bei Passau begonnen worden. zunächst wird dort ein Staumauer gebaut, das ein Großkraftwerk mit 42 000 Pferdekraften betreiben soll und in wenigen Jahren fertig sein wird.

Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch den 31. Mai 1922.

Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Bibelstunde: Sup. Michael. — Abends 8 Uhr Männerbibelstunde in der Brauhausstraße 310 B. (Text: Hebräer 8 ff.).

Ripdorf. Abends 8 Uhr Bibelstunde. (Vergpredigt 10: Der Christ und der Welt.)

Reichstädt. Vorm. 10 Uhr Wochenkommunion.

Schlachtwiehpreise auf dem Viehhof Dresden

am 29. Mai 1922.

Rind tier	Wertklasse	Preise für 50 kg im Markt	
		Lebend.	Geschl.
I. Rinder: A. Ochsen.			
68	1. Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	2500—2700	4550—4900
2. Junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	2200—2400	4250—4550	
3. Mähig genährte junge, gut genährte ältere	1500—1800	3200—3825	
4. Gering genährte ältere jed. Alters	1000—1200	2500—3000	
B. Bullen.			
98	1. Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes . . .	2150—2550	4225—4400
2. Vollfleischige jüngere . . .	2000—2300	36.0—4175	
3. Mähig genährte jüngere und gut genährte ältere . . .	1500—1700	2900—3250	
4. Gering genährte . . .	1000—1200	2250—2650	
C. Kalben und Rühe.			
200	1. Vollfleischige, ausgewachsene Kalben höchsten Schlachtwertes . . .	2500—2700	4550—4900
2. Vollfleischige jüngere Kalben höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren . . .	2200—2400	4250—4550	
3. Weitere, ausgemästete Rühe und gut entwickelte jüngere Rühe und Kalben . . .	1500—1800	3350—4000	
4. Gut genährte Rühe und mähig genährte Kalben . . .	1200—1400	3000—3350	
5. Mähig und gering genährte Rühe und gering genährte Kalben . . .	800—1100	2350—3000	
II. Rinder.			
1102	1. Doppellender . . .	—	—
2. Beste Mäst- und Saugfälber . . .	2700—2900	4310—4675	
3. Mittlere Mäst- und Saugfälber . . .	2400—2600	4000—4325	
4. Geringe Rälber . . .	1800—2100	3275—38.0	
III. Schafe.			
215	1. Mästlämmmer und jüngere Mästhammel . . .	2300—2400	4600—4800
2. Weitere Mästlämmmer . . .	1600—2000	3575—4400	
3. Mähig genährte Hammel und Schafe (Mutterlämmmer) . . .	800—1300	2125—3350	
IV. Schweine.			
1600	1. Vollfleischige der seineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren . . .	3500—3600	4500—4500
2. Fettischeine . . .	3600—3700	4510—4625	
3. Fleischige . . .	3100—3300	4125—4100	
4. Gering entwickelte . . .	2000—2800	3725—4000	
5. Sauen und Eder . . .	2500—3300	33.0—4400	
3313	Ausnahmepreise über Notti.		
Geschäftsgang: Rinder langsam, Schafe und Schweine mittel.			

Für alle uns aus Anlass unserer Vermählung und Eingang gebrachten Ehrenungen, Glückwünsche und wertvolle Geschenke liegen wir in leich im Namen unserer Eltern unter uns herzlich dank.

Borsig und Obercunnersdorf, den 21. Mai 1922.

Rudolf Lehmann
und Frau Antonie, geb. Grahl.

Saalinhaber-Verband Amishauptmannschaft Dippoldiswalde.

Donnerstag den 1. Juni nachmittags 3 Uhr

Versammlung

im Gasthof zur Tafelplatte Walter. Wichtige Tagesordnung. Mit folgendem Gruss der Vorstand.

Ein jüngerer Brettschneider

in dauernde Stellung gehucht.
Arthur Ritsche, Baugela. dfr., Dippoldiswalde.

Ber ist Räuber für Birk, Eiche, Esche auf dem Stamm?

Angebote unter „B“ an die Geschäftsstelle.

Nachdem wir unsere gute Gattin und Mutter
Fräulein Anna Kleber, geb. Heber,
welche uns so plötzlich und unerwartet durch den Tod entzogen wurde, vor letztem Ruhe gebettet haben, ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen, die uns in den Tagen schweren Leidens bei uns zur Seite standen sowie durch die vielen Beweise aufzüglicher Erkrung der lieben Hebamme gegangen durch Wort, Gesang und Schrift sowie herzlichen Blumenstrauß und freiwilliges Tragen und Gießen zur letzten Ruhestätte uns ihre Teilnahme bezeugen, um ihren herzinnigsten Dank nur hierdurch zum Ausdruck zu bringen.
Selbstschrift, am Begegnungsstage.
Der lieftreuernde Gatte steht Andern.

Auslands-Zucker

Jedes Quantum liefert

Otto Heller.

Tolles Zahnweh

Will sofort Dr. Buslebs destillierte Zahnlösung. Zu haben bei Hermann Kommaß, Drogerie zum Elefanten, Dippoldiswalde.

Sie

glauben gar nicht wie prachtvoll die Erholung und wie wunderbar d. Wirkung d. dgl.

Merv Bay Rum

Er dashaar und die Kopfhaut zu haben bei G. Hahn, Parfümerie, Markt.

Altes Gold und Silber

Kauf zu höchsten Preisen

F. Mietz, Herren-, Sofie 91.

Parfums

Bern Lommatzsch Dros. zum Elefanten Dippoldiswalde

Programme besitzt Carl Jähne.

Drucksachen aller Art



Carl Jähne, Dippoldiswalde

Carl Jähne, Dippoldiswalde

Wir halten unsere Kassen
und Büros
am Pfingst-Sonntagnachmittag
den 3. Juni 1922

geschlossen.

Chemnitzer
Bank-Verein
Zweigstelle
Dippoldiswalde

für 1. Juli d. J. strahlender

Konto-Korrent-Buchhalter

nach Dippoldiswalde geliehen.

Beilage zur Weißen=Zeitung

Mr. 125

Mittwoch den 31. Mai 1922

88. Jahrgang

Eduardo Gómez

— Dem sächsischen Landtag ist soeben von der Regierung eine Vorlage zugegangen, durch die diese unter Einfügung eines neuen Titels 8a beim Kapitel 32 des Haushaltplanes ermächtigt werden soll, denjenigen Ministern, die ihre Familienwohnung außerhalb Dresdens beibehalten und einen doppelten Haushalt führen, Entschädigung hierfür im Jahresbetrage von 30 000 M. zu gewähren. Dieser Vorgang ist beispiellos. Früher bezogen die sächsischen Minister nur drei Fünftel der Bezüge der preußischen Minister und selbstverständlich auch entsprechend weniger als die Reichsminister. Erst im letzten Sommer wurde in der damaligen Besoldungsvorlage von Minister Lipinski die Erhöhung der Bezüge der sächsischen Minister auf die der Reichsminister und die der preußischen Minister verlangt und im Landtag durchgesetzt, obwohl von sämtlichen bürgerlichen und auch von der eigenen Fraktion des Herrn Lipinski Bedenken gegen eine so hohe Einstufung erhoben wurden. Für diese Gleichstellung war damals mit angeführt worden, daß jetzt manche Minister in Sachsen einen doppelten Haushalt führen. Der Einwand des Ministers Lipinski, die Reichsminister und die preußischen Minister bezügen noch eine Aufwandsentschädigung, ging deshalb fehl, weil diese Minister verpflichtet sind, diesen Betrag im Interesse ihres Amtes zur Repräsentation zu verwenden. Jetzt sollen nun trotz dieser damaligen höheren Einstufung die sächsischen Minister, die einen doppelten Haushalt führen, auch noch eine besondere Zulage von jährlich 30 000 M. erhalten. Man muß wirklich sagen, die Herren verstehen es, ihre Dienste gehörig einzuschätzen. Wenn man bedenkt, daß die Gesamtsbezüge eines Ministers jetzt rund 320 000 M. sind, so kann man diese neue Vorlage als in jeder Hinsicht unbegründet und als eine Verleugnung der einfachsten Regeln der Sparsamkeit bezeichnen, und dabei haben die unabhängigen Minister Lipinski und Ristau, die wohl beide hier in Betracht kommen, als Reichstagsabgeordnete trotz der Abzüge infolge ihres regelmäßigen Fehlens noch eine hübsche Einnahme von allermindestens 30 000 M. aus der Aufwandsentschädigung der Reichstagsabgeordneten.

Freiberg. Im Laufe dieses Sommers werden in unserer Stadt stattfinden: am 12. Juni der Verbandstag der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungen im Freistaate Sachsen, am 17. und 18. Juni die Tagung des sächsischen Landesverbandes für Volksbildung und die Versammlung der Vertreter sächsischer Volkshochschulen, am 30. Juni und 1. Juli die Tagung der Gesellschaft der Freunde unserer Bergakademie sowie der Braunkohlenstiftung, am 1. und 2. Juli der Regimentstag des Landwehr-Regiments Nr. 102, vom 8. bis 10. Juli die Bundesversammlung des Sächsischen Militärvereinsbundes, am 22. und 23. Juli der Regiments- tag der früheren Angehörigen des 182. Infanterie-Regiments und am 29. und 30. Juli der 12er Jägertag.

Pirna. Zu einem Pirnaer Heimatmuseum soll jetzt das in den Räumen des alten Dominikanerklosters untergebrachte und mit dem Gebirgsvereinsmuseum verbundene städtische Museum ausgestaltet werden. Die Heimatkunde im weiteren Sinne will man darin durch entsprechende Sammlungen zur Geltung bringen und damit zur Förderung des Heimatssinnes beitragen. Geplant ist u. a. die Errichtung einer alten Pirnaer Stube mit allem, was dazu gehört. Natürlich bedarf es zur Ausführung solcher Pläne nicht unwesentlicher Geldmittel. Um dieselben zu beschaffen, sollte eine Lotterie veranstaltet werden; leider ist aber die Genehmigung hierzu vom Finanzministerium versagt worden. Man lässt den Mut aber trotzdem nicht sinken, sondern trachtet darnach, die Mittel auf andere Weise aufzubringen. In diesem Dienste steht nun ein großes Volksfest, das im Laufe dieses Sommers in Pirna stattfinden und mit sportlichen Veranstaltungen usw. derart ausgestaltet werden soll, daß es imstande ist, die erhoffte Anziehungskraft auszuüben. Ein Arbeitsausschuß ist hierfür bereits in Tätigkeit.

Oberlangwihl. Für den KirchTurmbau wurden durch Haussammlung 20 568 M. und durch Anleihezeichnung 750 000 M. aufgebracht.

Waldburg. Die städtischen Kollegien beschlossen mit dem Roßlauer Gaswerk einen Vertrag für Ferngasversorgung abzuschließen.

Eunewalde bei Löbau. Nachdem der Gemeinderat Eunewalde infolge der letzten Vorgänge beschlußunfähig geworden ist, hat die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschusse nach § 89 der Landgemeindeordnung beschlossen, 3 Personen zur vorläufigen Führung der Gemeindeverwaltung zu berufen.

Zittau. Zu einer großen Gesamtgemeinde vereinigt haben sich jetzt die beiden bedeutenden ländlichen Industrievorte Leutersdorf und Neuleutersdorf bei Zittau. Nach Vollziehung des Vereinigungsvertrages beschloß der Gemeinderat von Leutersdorf auf Anregung des Vorsitzenden einstimmig, dem Gemeinderat von Neuleutersdorf aus den Beständen der Altershilfe den Betrag von 3000 M. zur Verteilung an dortige alte und bedürftige Einwohner zur Verfügung zu stellen.

Politische Wundstiche.

Die Umorganisation der Schuttpolizei. Am 25. Mai, also innerhalb der von der Interalliierten Militärfontrollskommission gesetzten Frist, sind die von den Regierungen der deutschen Länder aufgestellten Pläne über die künftige Organisation der Ordnungspolizei der Kommission überbracht worden. Nur Thüringen war mit Wissicht auf die sich zurzeit dort voll-

glehende staatsrechtliche Umbildung noch nicht in der Lage gewesen, seinen Plan fertigzustellen. In dem Anschreiben des Auswärtigen Amtes an die Kontrollkommission ist darauf hingewiesen, daß die vorgesehenen Umorganisationen Zeit verlangen und mit Rücksicht auf das Personal und auf die Aufrechterhaltung eines geregelten Polizeidienstes nur allmählich zum Abschluß gebracht werden können. Dementsprechend sind die Pläne aufgestellt. Die ersten Ausführungsordnungen sind gemäß den Forderungen der Kommission in der Note vom 23. März fristgemäß, d. h. bis zum 25. Mai, erlassen worden.

Die Bekämpfung der Einwanderung aus dem Osten.
Die deutsch-nationale Landtagsfraktion hat an die preußische Regierung eine große Anfrage gerichtet, in der auf die zunehmende Einwanderung von Ostjuden nach Preußen aufmerksam gemacht wird. Aus einer Denkschrift des Reichsministeriums des Innern geht hervor, daß sich vor dem Kriege schätzungsweise 50 000 Ostjuden als Arbeiter in Deutschland befanden. Dazu sollen während des Krieges und später noch etwa 105 000 weitere Ostjuden als Arbeiter hinzugekommen sein, von denen 55 000 in Deutschland geblieben sein sollen. Nach sachverständiger Ansicht müssen diese Zahlen hinter der tatsächlichen Einwanderung erheblich zurückbleiben, da in ihnen nur die Arbeiter gerechnet sind, der größere Teil der Ostjuden aber schwerlich als Arbeiter sein Brot in Deutschland sucht. Diese Einwanderung der Ostjuden nach Deutschland, insbesondere nach Berlin, sei vom Standpunkt der deutschen Bevölkerung im höchsten Grade unerwünscht. Die Regierung wird um Rückschluß darüber gebeten, wie es möglich ist, daß trotz des Bestehens verschiedener Schutzvorschriften die Einwanderung diesen Umsang annehmen könnte und welche Schritte gedenkt die Staatsregierung zu tun, um 1. unerwünschte Gäste abzuschlieben, 2. eine schärfere Kontrolle auf diesem Gebiete durchzuführen.

Die Deutsche Volkspartei lehnt den Oberschlesienvertrag ab. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, daß zwischen Deutschland und Polen in Genf vereinbarte Abkommen über Oberschlesien abzulehnen. Bezüglich der Konferenz von Genua und der jüngsten Reparationsverhandlungen in Paris ist die Deutsche Volkspartei zu dem Ergebnis gelangt, die Beschlussfassung über diese beiden Punkte so lange auszusetzen, bis das Ergebnis der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses dazu vorliegt.

Die Steuern der hohenzollern. Verschiedentlich war gefragt worden, weshalb die Hohenzollern noch nicht zur Steuerzahlung herangezogen worden seien. Wie dem amtlichen preußischen Pressedienst hierzu vom Finanzministerium mitgeteilt wird, hat eine Gesamtveranlagung des Hohenzollern-Vermögens stattgefunden; gegen diese Veranlagung ist jedoch Berufung eingelegt worden, sowohl vom ehemaligen Königshaus, als auch von den Veranlagungsbehörden. Infolgedessen sind die Steuern vorläufig gestundet worden. Geschädigt wird der Fiskus dadurch nicht da er infolge der Beschlagnahme die ganze Vermögensmasse in Händen hat.

Die Erhöhung der Krankenversicherungsgrenze auf 60 000 Mark. Der Reichsrat hat eine Reihe wichtiger Änderungen zum Krankenversicherungsgesetz beschlossen. Die Grenze für die Versicherungspflicht, die jetzt 40 000 Mark beträgt, wurde auf 60 000 Mark erhöht. Anträge auf noch weitere Erhöhungen wurden abgelehnt. Die Mehrheit des Reichsrates ging dabei davon aus, daß eine allzu starke Erhöhung der Versicherungsgrenze einer Kriegserklärung an die Herzte gleichkommen würde. Den Kassenkassen wurde das Recht gegeben, die Grundlöhne abermals erheblich zu erhöhen, woraus sich andererseits wiederum erhöhte Kasseneinzahlungen ergeben. Das Selbstverwaltungsrecht der Kassen wurde dahin erweitert, daß die Kasse durch Satzungänderung über den Höchstbetrag, der gesetzlich festgelegt ist, hinausgehen darf, in jenen Fällen, in denen dieser Höchstbetrag nicht zureicht. Die Meldefrist wurde von 8 auf 14 Tage erweitert. Wochenhilfe und Wochenfürsorge sollen in besonderen Gesetzen geregelt werden. Zur Wochenhilfe wurde der einmalige Beitrag zu den Entbindungsstößen von 100 Mark auf 250 Mark erhöht. Das Stillgeld wurde auf 6 Mark erhöht. Alle kinderreichen Familien wurden weitere Vergünstigungen beschlossen.

:: Annahme des Oberschlesienabkommens im Auswärtigen Ausschuß. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Freitag und Sonnabend eingehend mit der oberschlesischen Frage. Reichsminister a. D. Schisser berichtete über die Verhandlungen in Genf und machte nähere Mitteilungen über das deutsch-polnische Abkommen. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei wies darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei seinerzeit gegen die oberschlesische Entscheidung Verwahrung eingelegt und die Entsendung eines Komitees abgelehnt hat. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen sehe sich die Deutsche Volkspartei nicht in der Lage, dem in Genf erzielten Abkommen ihre Zustimmung zu geben. Der Ausschuß nahm das Abkommen nach Schluß der Aussprache mit großer Mehrheit an. Es wurden dafür abgegeben 14 Stimmen, dagegen 6 Stimmen, die sich aus den Stimmen der Deutschnationalen und den Deutschen Volkshäusern zusammensetzen.

Der Sprachenskampf im Elsaß.

Boissacé hat bekanntlich aus dem Ausfall der letzten Wahlen den etwas rechtlich fühnen Schluss gezogen, daß Elsaß habe „erneut“ seinen Wunsch „hinausgeschrieen“, französisch zu sein. Wer sich die Tatsachen anschaut, erkennt eigentlich, daß diese Ansicht etwas sehr nach Boissacés Wahrsagunglichkeit riecht.

denn von einem Plebisit für Frankreich ist höchstens gut die Rede. Will man schon eine Formel für die Wahl und ihre Vorbereitung wie auch ihren Ausfall finden, so darf man sie getrost in dem Begriffe „Regionalismus“ finden, denn ohne Unterschied der Partei haben alle Wahlausruhe immer wieder betont, daß es die Rechte und Überlieferungen des Landes gegen das Aufgehen im Französentum (Sprache, Schule und Kirche) gelte, und daß man sich für die Wahrung der letzten Reste der einstigen politischen Selbständigkeit einzusetzen gedenke.

Eine unbeabsichtigte Bestätigung dieser allgemeinen Stimmung zugunsten eines scharf betonten Regionalismus gibt ein Auftaz des Straßburger katholischen deutsch geschriebenen Blattes „Der Elsässer“, der auch durch seine vernichtende Kritik der bisherigen Ergebnisse der amtlich betriebenen Verwelschungsmethoden Beachtung verdient.

„Unser Ländchen“, so heißt es in dem Aufsatz („Um unser Vereinstheater“), „mit seinen engen und beschränkten Verhältnissen kommt sicherlich schwer zu einer Literatur. Wir hatten in den letzten Jahrzehnten (?) in dieser Hinsicht einen klaren Fortschritt zu verzeichnen. Endlich war wieder einmal eine Generation geschult genug, in ihrem literarischen Schaffen an Stelle des Dialektes die Schriftsprache setzen zu können. Doch was wir dadurch errungen hatten, wurde uns durch politisches Getriebe vereitelt. Bis heute sind in der Erlernung der Sprache kaum Fortschritte zu verzeichnen. Das deutsche politische Getriebe hat aufgehört; an seine Stelle trat der radikale Kampf gegen unsere Sprache. Besser ist es also nicht geworden. Man nimmt uns auch noch die Hoffnung auf das kommende Geschlecht, das ja bei den heutigen Schulverhältnissen nicht wird imstande sein, literarisch auch nur das geringste zu leisten.“

vier Jahren gewonnen, das Volk. Die regionalistische Strömung hat die Massen ergriffen; daran ist nicht mehr zu zweifeln, und wenn es die Chauvinisten auch noch so laut verneinen. Und diese Strömung findet den tiefsten Ausdruck im Kampf um unsere Sprache. Wenn auch unsere elsässische Literatur meilenweit davon entfernt ist, im regionalistischen Sinne zu arbeiten (echte Literatur kann überhaupt nicht in solch engen Gesichtskreis eingestellt werden), so ist sie doch ein Ausdruck dessen, was das Volk bewegt, sie ist ein Bild unserer elsässischen Kultur. Für diese haben wir vor dem Kriege gekämpft. Auch heute ist sie uns lieb und wert, denn wir wollen Kultur und Literatur nicht durch politische Brillen betrachtet wissen.⁴

Wird Herr Poincaré, Ministerpräsident der französischen Republik, verstehen, was diese Feststellungen bedeuten? „Elsässer wollen wir sein.“ heißt es in allen Tonarten. Daß man seine ganze Vergangenheit verleugnen möchte, um den Herren in und aus Paris zu gefallen, daran denkt sein echter Elsässer. Und das Gleiche gilt natürlich für die deutschsprachigen Lothringer, die ihre Eigenart viel zu hoch einschätzen, als daß sie ihr Selbst verschachern zugunsten eines in seiner Weise überlegenen französischen Wosens. Auch wenn es Herrn Poincaré, dem „Lothringen“, Kummer macht.

Sfagerraf

Der deutsche Seestieg am 31. Mai 1916.¹
Am 31. Mai war fischer Seestieg von 18.000

Am 31. Mai vor sieben Jahren war es, als sich die beiden größten Flotten der Welt gegenüberstanden, als die junge deutsche Flotte das Märchen der englischen Unbesiegbarkeit zur See zerstörte.

Um 31. Mai stießen deutsche Hochseefräste vor um gemeldete englische Flottenteile südlich Normengen zur Schlacht zu stellen. Das deutsche Ausflä rungsgeeschwader unter Bizeadmiral Hipper, Schlachtkreuzer, etliche kleine Kreuzer und 20 Torpedoboote sichteten um 4.30 Uhr die Spitze des Feindes, viele kleine Kreuzer, die sofort nach Norden abdrehten. Bei der Verfolgung traf man 5.20 Uhr auf 6 feindliche Schlachtkreuzer, umgeben von einer Anzahl kleinerer Kreuzer und Berstörer. Auf 13 Kilometer Entfernung wurde das Feuer eröffnet. Nach halbstündigen Kampfe griffen von Norden her 5 englische Kampfschiffe der schweren Queen Elisabeth-Klasse ein, gleichzeitig kam unter Admiral Scheer das deutsche Groß mit 22 Linienschiffen, vielen kleinen Kreuzern und 80 Torpedobootten heran. Der Feind lief sofort mit erhöhter Fahrt nach Norden ab und suchte um unsere Spitze östlich herumzuholen. Die deutsche Flotte drehte sofort nach Osten ab und lief dem Feind parallel auf die südländische Küste zu. Nach etwa $\frac{1}{2}$ Stunde tauchte von Norden her die englische Grand Fleet unter Admiral Jellicoe auf, 20 Liniengroßkampfschiffe mit einer Division Schlachtkreuzern, vielen kleinen Kreuzern und vier Flottillen Torpedobootten. Unsere Spitze geriet in zwei Feuer, wurde auf Westkreis herumgeworfen, gleichzeitig gingen die Torpedobootsflottillen zum Nahangriff vor. In dreimaligem schneidigem Angriff, der sich bis zur Dunkelheit hinzog, wurde der Feind nach Nord-Osten abgedrangt. Es standen bis jetzt im Kampfe: 25 englische Großkampfschiffe, 6 Schlachtkreuzer, 4 Panzerkreuzer gegen 16 deutsche Großkampfschiffe, 5 Schlachtkreuzer und sechs ältere Linienschiffe, sowie auf beiden Seiten dazu noch viele kleine Kreuzer, Berstörer und Torpedoboote. Die Nacht sah die deutschen Kreuzer und Torpedoboote im Nahangriff gegen den Gegner, der gegen Morgen das Feld geräumt hatte, seine Verwundeten und Schiffstrümmigen den deutschen Torpedobootten überlassend. Ein vom Kanal herbeigesunkenes englisches Linienschiffsschwader kam am Morgen des 1. Juni in Sicht der Auflösungsschiffe, drehte aber sofort nach Norden ab.

Dies ist in kurzen Strichen das Bild der Schlacht. Der Engländer verlor (amtlich zugeben): 3 Schlachtkreuzer, 3 Panzerkreuzer, 2 große, 6 kleine Zerstörer - dazu jetzt einwandfrei festgestellt: 1 Linienschiff, 1 Panzerkreuzer, 1 L. Kreuzer, 5 Zerstörer, zusammen 1 Kampfeinheiten und 11 Zerstörer, im ganzen 172 88 Tonnen. Die deutschen Verluste betragen mit eines Schlachtkreuzer, 1 Linienschiff, 4 L. Kreuzern, 5 Torpedobooten, zusammen 6 Kampfeinheiten und 5 Torpedobooten 60 720 Tonnen.

Die Behauptung Jellievoes, er hätte die fließende deutsche Flotte vergleichbar verfolgt, widerlegt er selbst durch seine amtliche Meldung seines Eintreffens in dem 300 Meilen vom Kampfplatz entfernten nördlichen Stützpunkt Scapa Flow bereits am 1. Juni. Die deutsche Flotte blieb als Sieger auf dem Schlachtfeld. Es ist durch einen englischen Lügensatz verdeckt worden, an Stagerrat sich ein zweites Trafalgar gerechtzumachen; viele haben geglaubt, die meiste gelächelt.

Die Technische Nothilfe im Jahre 1921.

Jeder kennt sie, die stillen Helfer in Stunden der Not, jeder weiß ihre aufopferungsvolle Tätigkeit zu schätzen. Man spricht von ihnen, und weiß über sie doch nichts Genaues zu berichten. Als fürglich beim letzten Eisenbahnerstreik 3 junge Nothelfer in Berlin tödlich verunglückt, las man wohl einige Notizen in den Blättern, sonst nichts.

Wer von den Berlinern weiß, daß im Vorjahr in Groß-Berlin allein 13 969 Arbeitsstunden von ihnen geleistet wurden? Auf unsere an Streiks so ruhige Hauptstadt fällt allein $\frac{1}{3}$, der Gefangnisfall der eingesehnten Nothelfer. Gegen 1920 hat diese Zahl gewaltig abgenommen, von 22 451 auf 10 502, womit nicht gesagt sein soll, daß die Streikwelle zurückgeebt, die jüngsten Tage beweisen das Gegenteil. Der Großstädter verbindet mit dem Begriff „Technische Nothilfe“ sofort Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerk. Diese drei Kategorien nehmen dabei nur einen Bruchteil des Gesamteinbaus ein. Die Elektrizitätswerke 5,3 Proz., die Gaswerke 4,2 Proz., die Wasserwerke 3,9 Proz. Die Hauptleistungslagen auf dem enorm wichtigen Gebiet des Transportwesens und der Landwirtschaft. Die Einfäße im Transport und Verkehr erreichen mit 36,8 Proz. ihre Höchstzahl, die der landwirtschaftlichen Betriebe mit 26,9 Proz. den nächst höheren Prozent- satz. Eine hohe Besserung an geleisteten Arbeitsstunden und eingesetzten Nothelfern zeigen die Provinzen Pommern, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Ostpreußen, Bremen, Oldenburg. Der pommersche, mecklenburgische und mitteldeutsche Landarbeiterstreik, der Hamburg-Altonaer Fischereistreik: Im Vorjahr gaben die Technischen Nothilfen ein weiteres Betätigungsfeld. In Pommern wurden im Vorjahr 1069 Mann mit 78 074 Arbeitsstunden eingesetzt, in Schleswig-Holstein und Mecklenburg 2642 Mann mit 35 634 Arbeitsstunden, in Ostpreußen-Bremen-Oldenburg 1551 Mann mit 191 988 Arbeitsstunden. In diesem Jahre stieg die Einzahl der Technischen Nothilfe wieder rapide. Das erste Vierteljahr allein sah mehr eingesetzte Nothilfe als im ganzen vergangenen Jahr zusammen. Der riesige Eisenbahnerstreik im Februar mit all seinen tausendfältigen Verzweigungen nahm die Nothilfe in hohem Maße in Anspruch. Es ist auch nicht zu erwarten, daß sie in der Folgezeit weniger gebraucht werden sollte. Wohl ist sie allen staatsfeindlichen Elementen ein Dorn im Auge, aber der Bürger, der Mittelstand weiß, was er ohne seine Nothelfer ist — ein Spielball politischer Heger.

Heu und Stroh beim Versand pressen!

Der Verein der Stroh-, Heu- und Häufel-Großlieferanten Deutschlands schreibt dem Reichs-Landbund: Infolge der fortgesetzten Erhöhung der Eisenbahnfracht sieht die Fracht, die für Heu und Stroh bezahlt wird, fast in keinem Verhältnis mehr zu den Preisen dieser Artikel. Bei dem Versand von Heu und Stroh kann aber an Fracht ganz gewaltig gespart werden, wenn die Ware sehr gepreßt und dadurch die Ladefähigkeit des Wagons voll ausgenutzt wird.

Vor dem Kriege war es allgemein üblich, Heu und Stroh so fest zu pressen, daß jeder Eisenbahnwagon mindestens 200 Brt. enthielt. Velder wird heute durch die leichte Pressung häufig sehr stark gefülligt, in dem die Wagen oft nur ein Gewicht von 180 Brt. statt 200 Centner haben. Die Landwirte selbst aber sollten größten Wert darauf legen, das Stroh fest zu pressen, da sie dadurch einmal bis zu 25 Proz. Bindedraht und ferner im gleichen Verhältnis Gespanne sparen. Ein Huber drähtgepresst Stroh hat im Durchschnitt 40 Ballen, ganz gleich, ob sie fest oder lose gepreßt sind. Verkauft nun heute eine Wirtschaft 4000 Brt. Stroh und preßt es fest, so spart sie einmal 5 Brt. Bindedraht, oder in Werten ausgedrückt, fast 4000 M. Die Wirtschaft, die das Stroh fest preßt, braucht aber bei der Anfuhr zur Bahn bei 4000 Brt. allein 25 Gespanne weniger. Die leichte Pressung des Strohes ist zugleich ein wirksames Mittel zur Verlängung des Wassermangels, denn es werden durch leichte Pressung des Strohes 20 Proz. weniger Wagen gebraucht. Die größte Ersparnis durch leichte Pressung wird bei der Fracht erzielt. Bei einer Entfernung von 500 Kilometern kostet heute 1 Wagen Heu oder Stroh einschließlich Wiegegeld und Bedienmiete 6000 M. Fracht. (Ab 1. 4. 22.)

Enthält der Wagen 200 Brt., so kostet der Brt. 30 M. Fracht, enthält der Wagen nur 180 Brt., so kostet der Brt. 37,50 M. Fracht. Dieses Beispiel möge beweisen, welche enorme Ersparnis an Bindedraht, an Gespannen, an Waggons, an Fracht und nicht zuletzt an Arbeitskräften erzielt werden kann, wenn die Landwirte, wie vor dem Kriege, Heu und Stroh wieder fest pressen.

Schuldbuch der Feinde.

Die Centralstelle Vaterländischer Verbände faßte in ihrer Mitgliederversammlung folgenden Beschluß:

Zu der bisherigen Arbeit ist neu hinzugenommen die Anlegung eines „Schuldbuches der Feinde“. Es soll den Zweck haben, alle bemerkenswerten nachgewiesenen Rechtsbrüche der Feinde, Verletzungen des Versailler Vertrages, Auswüchsen aus dem besetzten Gebiet, ungewollte Verbrechen gegen Personen und Eigentum, Verurteilungen durch fremde Gerichte ohne die Möglichkeit ausreichender Verteidigung usw. aufzuzeichnen, um dieses Material zu gegebener Zeit zu verwerten. In unserer schnellen Welt geraten solche Einzelheiten, wenn sie auch von der Presse gebracht werden, gar zu leicht in Vergessenheit. Bis die Zeit für die Bewertung des gesamten im „Schuldbuch“ gesammelten Stoffes gekommen ist, werden Auszüge daraus veröffentlicht werden, um so immer wieder die Übergriffe der Feinde der Allgemeinheit ins Gedächtnis zurückzurufen. Bei der Anlegung des Schuldbuches handelt es sich nicht nur darum, die Rechtsbrüche von jetzt ab zu sammeln, sondern vor allem auch die vergangenen seit dem Zusammenbruch 1918. Daß dies eine ungeheure Schwierigkeit ist, ist uns klar. Sie muß aber bewältigt werden zum Besten des Vaterlandes. Wir erwarten die tätige Mitarbeit hierin nicht bloß der angeschlossenen Verbände, sondern aller Vaterlandstreunde.

Glossen zur Geschichte des Tages.

Der erste weibliche Legationssekretär.

Amerika hat wieder einmal seinen Ruf als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ gerechtfertigt. Denn aus Washington vernehmen man, daß Präsident Harding, dessen Sympathien für die Gleichheitsbestrebungen des weiblichen Geschlechts bekannt sind, eine junge Dame, Miss Lucile Utterton, zur diplomatischen Laufbahn zugelassen hat. Sobald sie die vorgeschriebene Prüfung bestanden hat, wird sie einer Botschaft oder Gesandtschaft der Vereinigten Staaten im Auslande als Sekretärin zugestellt werden.

Dieser Vorgang bedeutet eine neue, nicht zu unterschätzende Etappe auf dem Wege zur vollen Ebenbürtigkeit der Frauen mit den Männern im politischen Beruf. Wie lange wird es nun noch währen bis wir auch bei uns weibliche Diplomaten haben werden. Und mag man sich zu der Frage stellen, wie man will, so wird man doch nicht bestreiten können daß heutzutage, da weibliche Volksvertreter im Parlament sitzen, die jederzeit an der austwärtigen Politik öffentlich Kritik üben können, es zum mindesten nicht unlöslich ist, wenn die auwärtige Politik nicht als ein Gebiet behandelt wird, von dem die Frauen ängstlich ferngehalten werden müssen.

Weibliche Hilfskräfte im diplomatischen Betriebe sind im übrigen nicht mehr etwas ganz Neues, und man weiß, daß auf den diversen Friedenskonferenzen der letzten Jahre und Monate eine ganze Reihe von Delegationen mit mehr oder weniger jugendlichen und reizenden „Zippys“ erschienen, die auf diese Weise in die Elemente der diplomatischen Geheimwissenschaft einen Einblick erhielten. Eigene Politik treiben ja auch Legationssekretäre unter normalen Verhältnissen nicht — obwohl die diplomatische Geschichte aller Vater der Beispiele des Gegenteils verzeichnen könnte.

Es ist nicht das nüchternste diplomatische Handwerk, die mühselige Kleinarbeit des Chiffrierens und Decodierens, des Sichhainverlustes in trockenem Altienmaterial, das bislang die Frauen angezogen hat. Nein, die hohe Weltpolitik, mit all ihren verborgenen Winkelzügen, bald kleinen, bald hohen Zielen und den Drum und Dran des rein Persönlichen, verschleiht auf geistig rege und ehrgeizige Frauen, wie die Herrscherin Dorothy von Sagan, die gleichnamige Fürstin Niven, Madame Juliette Adam, ihrem Anteil nicht Ihr Feld war der luxuriöse Salon, nicht die kahl Umtüte, und die Ablegung eines diplomatischen Examens forderte niemand von ihnen.

Dr. A. von Milde.

Volkswirtschaft.

Der Wochenericht des Deutschen Landwirtschaftsrates

Die vergangene Woche und namentlich die letzten Tage haben durch schönes, warmes Wetter und später durch tropische Hitze die Saaten derart gefördert, daß ein guter Teil ihrer Rücksichtlichkeit bereits eingeholt scheint. Noch läuft sich ein Urteil über die Aussichten nicht fällen, immerhin sind dieselben zum Teil hoffnungsvoller geworden. Im Getreidegeschäft zeigt sich wieder beziehende Nachfrage, die erst mit der allgemeinen Verflauung des Marktes in den letzten Tagen aufführte. Im Hafergeschäft stand der Lokalmarkt unter der Tatsache, daß weder die Verbraucher, noch die Hörnagerhändler und sogar auch der Großhändler mit größeren Vorräten dem laufenden Verbrauch zu greifen wußten. Im Maisgeschäft hat die Woche nicht viel neues gebracht. Es wurde während der festen Tage mehr Material vom Ausland wieder geliefert und für Waggonware auch merklich höhere Preise bezahlt da die zeitweise Abschwächung in den ausländischen direkten Forderungen durch die Dollarhaute mehr als weitgemacht war. Das Kleiegeschäft wurde nach kurzer Zeit der Beliebung zuletzt wieder ruhig, doch haben sich die leicht erhöht genehmten Rüttelungen behauptet. Für Erbsen, besonders für gute Victoria erben, hielt die Kauflust an und auch für andere Erbsensorten bestand Bedarf.

Vereine und Versammlungen.

Der Oberschlesierstag in Nürnberg. Der diesjährige Delegiertentag der Vereinigten Verbände heimatfreuer Oberschlesier findet vom 27. bis 29. Mai im Rathaus in Nürnberg statt. Es stehen die wichtigsten Fragen nicht nur für die innere Ausgestaltung der Verbände, sondern auch für die oberösterreichische Sache zur Verhandlung. Delegierte aller deutschen Landesgruppen der Vereinigten Verbände heimatfreuer Oberschlesier nehmen teil. Die obersten böhmisches Landesbehörden sind zu der Tagung eingeladen.

Rispet.

Roman von Max von Weissenburg.

(11. Fortsetzung.)

„Seltsam war es,“ so fuhr er fort, „daß je krasser und elender Dalberg sich fühlte, er mit um so größerer Vorliebe auf die fernabliegenden Tage der Vergangenheit zu sprechen kam und es bedurfte keines besonderen Schreibblattes, um darüber ins Klare zu kommen, daß die Hauptempfindung seines Lebens, die einen roten Faden gleich daselbe durchzog, die heiße Leidenschaft für die Geliebte seiner Jugend gewesen war, eine Leidenschaft, von der er sich einredete, daß sie sich in Hass verwandelt habe, die aber in Wirklichkeit ein glühendes Verlangen geblieben, unter dessen Hoffnungslösung er namenlos litt.

„Es ist seltsam, junger Freund, daß ich zu Ihnen mit dem der reinsten Zufall mich zusammenführte, von der einzigen Frau spreche, die meinem Herzen so mals nahegestanden.“ bemerkte er eines Tages, „um ich möchte darin gewissermaßen einen Hingeriegel des Schicksals sehen. Sie sind ein aufdringstrebender Mensch, aber wenn die Menschenkenntnis, die ich während eines langen Lebens zu sammeln Gelegenheit hatte, mich nicht vollständig täuscht, sind Sie Art von mir Leid, hart und unversöhnlich, wenn man Ihnen ein Leid zufügt, folglich auch der Mann, der wohl imstande ist, mein Vermächtnis anzutreten. Ich will Ihnen reiche Mittel geben, will Sie unabhängig stellen, insbesondere aber die Bedingung daran, daß Sie die Tochter jener Frau heiraten, die mein Dessein zerstört hat; nicht etwa, um sie glücklich zu machen! Sie müssen nämlich wissen, daß ich aus der Ferne Sidonie von Ed nie aus den Augen verloren habe, daß ich so ziemlich alles wußte, was mir ihr vorging, daß ich Kenntnis erhielt von der Liquidierung des Bankhauses, die zwangsläufig durchgeführt wurde, weil der Kassierer von mir beauftragt, die namhaftesten Summen entwendet und das Weite gesucht hatte und dadurch der Ruhm des Hauses unaufhaltlich herbeigeführt worden wäre, wenn nicht der alte, getreue Buchhalter des Geschäftes mit großen persönlichen Opfern dessen Liquidierung zustande gebracht hätte, zu einer Zeit, da Ed schon vom Schlag geplagt darunterlag.

Geld ebnet alle Wege und durch Geld hatte ich es auch zustande gebracht, daß sich Leute fanden, in Sidonies Umgebung, die sie im Auge behielten und ich immer erfuhr, was mit ihr vorging. So wußte ich auch, daß das Verhältnis zwischen Mutter und Tochter nie ein ideales gewesen und darauf beschloß ich meinen Plan zu bauen. Nach Schilderungen, welche mir gemacht wurden, scheint die Tochter das sentimentale Naturell ihres Vaters geerbt zu haben, der an Sidonie Seite auch nicht das Glück gefunden, von dem er geträumt, der vielmehr gar bald erkennen lernte, daß nur Christus die Triebfeder jenes Weibes gewesen.

„Run“, so sagte mir Dalberg, „mache ich, wie gesagt, Sie, meinen jungen Freund zum Werkzeug der Macht, die über mein Grab hinaus jene Frau trennen soll. Wenn ich eingekreist in das Reich des Schattens, aus dem noch keiner zurückgeföhrt, und welches das Damoklesschwert ist, das so viele beunruhigt, dann ziehen Sie mit den reichen Geldmitteln, die ich Ihnen zurückerlassen werde, ausgestattet, dort hin, wo die Witwe meines einstigen Freundes Ed lebt, trachten Sie es zustande zu bringen, daß jene verunlängerte Bestand von Ihnen annimmt, und ringen Sie ihr das Versprechen ab, Ihnen die Hand ihrer Tochter auszugeben zu wollen. Sie wird es als Demütigung empfinden, Ihnen Dank zu schulden; und das ist ein Triumph! Der größte aber liegt in der Tatsache, daß ich Wally von Ed zwar zu meiner Universalerin einsetzen werde, gleichzeitig aber testamentarisch die Bedingung stelle, daß Sie allein der Verwalter dieses Vermögens sein sollen und erst wenn Wally Ihre Frau ist, sie erfahren darf, daß Sie sie nur ihres Reichtums wegen gehabt haben und daß dieser Reichtum ihr von dem erbittertesten Feinde ihrer Mutter in den Schoß geworfen. Gleichzeitig verkünden Sie ihr, wodurch Ihre Mutter sich diese Feindschaft zugezogen. Frau von Ed mögen Sie ohne weiteres auch am Tage Ihrer Vermählung alles mitteilen, was ich Ihnen anvertraute, und Ihr gleichzeitig sagen, es sei die Rache des Eudeligen, daß er nicht nur ihren Gatten finanziell zagründiger gemacht habe, sondern der Tochter auch habe Lehren wollen, die Mutter zu verachten.“

„Das, mein Freund, ist so beßrfig der Inhalt dessen gewesen, was Baron Dalberg mir sterbend mitgeteilt hat. Mit seltener Umsicht hat er alle Verlehrungen getroffen, daß nach seinem Tode sich alles so abspielen werde, wie er es inszeniert hatte; und als noch langem Klingen und hartem Kampf sein heißes Herz endlich zu Klagen aufgehört, kam sein Notar zu mir, den er bis zu die kleinen Einzelheiten von allem unterrichtet hatte, und instruierte mich genau über alles, was zu tun sei.

Mit glänzenden Mitteln ausgestafftet, kam ich hierher, wurde ich der Gatte der schönen Wally von Ed; die Krone der Grausamkeit aber, die Dalberg sich erponnen, bestand eigentlich in der Klaue, daß ich erst am Tage meiner Vermählung meiner Schwiegermutter die Beziehungen offenbaren müßte, welche zwischen mir und Dalberg bestanden, daß ich ihr aber auch in seinem Auftrag mitzuteilen hatte, daß nicht ein Bruchteil des Reichtums, der von ihm kommt, ihrer Tochter in den Schoß fiel, auf sie übergehen dürfe. Damit Wally sich nicht in einer schwachen Stunde von der Mutter Geld abbetteln lasse, war ihr das Verfügungsrrecht über das ihr zuerkannte Vermögen denommen und fiel dieses nur mir anheim.

Bor der Hochzeit hatte ich der Form halber Frau von Ed eine Rente auszuwerfen gehabt; laut testamentarischer Bestimmung mußte diese mit dem Hochzeitstag aufführen, während sie gleichzeitig zu erfahren hatte, daß das Erlöschen des Einkommens, das ihr von höchstem Wert gewesen, der Abschiedsgruß des aus dem Leben geschiedenen Freiers sei, für den sie nur ein Hohnschnack gehabt, nachdem sie gewissenlos mit ihm gespielt. Eine diabolische Rache, die mußt du mir zugestehen, aber ich wäre nicht imstande gewesen, sie zu annullieren, selbst wenn ich es gewollt, so verklaut und festgestellt war das ganze Testament.

(Fortsetzung folgt)